

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Bernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. November 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Bernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis (beinumerando):  
Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
vierteljährlich 28 Pf., frei ins Haus.  
Eingeliefern mit 10 Pf. Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
abonnements 1,10 M. pro Monat.  
Eingeliefern in die Post-Bestellungs-  
Verhältnisse. Unter Bezugnahme für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Schweden, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

#### Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgebundene Anzei-  
ge oder deren Raum 60 Pf. für  
politische und gesellschaftliche Berichts-  
und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.  
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt  
Wort 30 Pf. (inklusive 2 verteilte  
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
Einschlagung und Einschlagungs-  
antrag das erste Wort 10 Pf., jedes  
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
staben zahlen für zwei Worte. Preise für  
die nächste Nummer müssen bis  
5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Kelegamm-Korrespondenz  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Maßregelung von Staatsarbeitern.

Als seinerzeit im preussischen Abgeordnetenhaus die Berggegnenbelle eingebracht wurde, erklärte der damalige Handelsminister von Delbrück, daß es der Zweck dieses Gesetzes sei, mit der Sozialdemokratie „um die Seele der Arbeiter zu ringen“. Das Gesetz freilich war dazu ein höchst untaugliches Mittel, denn es gab, nach einem christlichen Urteil, den Arbeitern Steine statt Brot. Herr von Delbrück ist inzwischen Staatssekretär des Innern geworden, und wenn jetzt die preussische Regierung mit der Sozialdemokratie um die Seele der Arbeiter ringt, so geschieht das, statt durch die auch nur kümmerlichsten Versuche zu einer Verbesserung des Arbeiterlozes, durch den rückwärtschleifenden Terror, durch die nackte brutale Gewalt! Man sieht, welche Fortschritte die Sozialpolitik unter der Regide des Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg in Preußen gemacht hat!

Unter dem Lebensmittelwucher, der zugunsten der unerföhllichen preussischen Junker getrieben wird, leiden nicht zuletzt besonders schwer auch die preussischen Staatsarbeiter, deren zahlreichste Kategorie die Eisenbahnarbeiter bilden. Kein Wunder, daß auch sie von dem Brot- und Fleischwucher wenig erbaut sind und eine Veseitigung dieser agrarischen Ausplünderung der arbeitenden Schichten verlangen. Ein solches Begehren verstößt aber gegen die Vereicherungsinteressen unserer Großgrundbesitzer, ist also für unsere Regierung eine Sünde wider das Allerheiligste. Zwar hat sich das Vermögen von 17 000 Großgrundbesitzern in Preußen in den 13 Jahren von 1895 bis 1908, wie wir neulich auf Grund der amtlichen Vermögenssteuerstatistik nachweisen, um nicht weniger als 4400 Millionen vermehrt — nichtsdestoweniger will die Regierung an dieser ungeheuerlichen Staatsstipendienwirtschaft für die Agrarier nicht rütteln lassen. Den Junkern soll der jährliche Vermögenszuwachs von Hunderttausenden pro Kopf gesichert bleiben, mögen sich die elend bezahlten Staatsarbeiter dafür den Hungersturm um so enger schnallen!

Wie gewaltig die Empörung der Staatsarbeiter über die Lebensmittelteuerung und die jämmerliche Bezahlung geworden ist, das haben jene gewaltigen Eisenbahnverammlungen bewiesen, die im Laufe dieses Jahres in Berlin stattgefunden haben. Und wie stark das Gefühl dieser Arbeiterschichten dafür, daß die Sozialdemokratie die einzige wahrhafte Vertretung auch der Interessen der Staatsproletariat, geworden ist, bewiesen die überaus stürmischen Kundgebungen, welche die große Mehrheit jener Verammlungen für die sozialdemokratischen Abgeordneten veranstaltete, obgleich oder vielleicht auch gerade weil sie durch die Verammlungsleitungen verhindert wurden, zu den Verammlungen zu sprechen.

Eine nicht von allen Göttern verlassene Regierung hätte daraus unbedingt eine Lehre ziehen müssen. Sie hätte den nur zu berechtigten Forderungen der Staatsarbeiter Rechnung tragen und zum mindesten eine den Teuerungsverhältnissen angemessene allgemeine Lohnerhöhung eintreten lassen müssen. Das ist der Regierung aber gar nicht eingefallen. Sie, die bei der Beamtenbefolgung die Gehälter der Gendarmen mit einem Schlage um 600 M. aufgebessert und den Weislichen gar Zulagen von 1200 M. gewährt hat, hält eisensternig an der unsäglich kurzschichtigen und aufreizenden Politik fest, ihre Staatsarbeiter, gelernte wie ungelernete, so schlecht als möglich zu bezahlen, damit nur ja das Privatbesitzerum nicht möglicherweise gleichfalls zur Lohnaufbesserung genötigt wird. Den Proteststurm der Staatsarbeitermassen schlägt diese Regierung, die für jeden Wunsch von Agrariern und Schlotbaronen das größte Entgegenkommen hat, krampflos in den Wind; die Arbeiter aber, deren Bestimmung ihr auch nur im allergeringsten unbehaglich erscheint, werden einfach gemahregelt und auf das Straßpflaster geworfen!

Die „weisse“ preussische Staatsregierung ringt um die Seele ihrer Arbeiter, indem sie sie mit der Buchtrute streicht. Nicht, daß nur der kluge, der nicht parierte; nein, selbst die bloße, allervagste Vermutung einer nicht völlig servilen Gesinnung wird durch die Entlassung bestraft! Sind doch am vorigen Montag drei Arbeiter aus der Berliner Eisenbahnwerkstatt I am Markgrafendamm entlassen worden, weil sie jene Verammlungen besucht hatten, die am 19. Oktober in Kellers Festhölle einberufen worden war als Antwort auf jene schmachliche Unterdrückung der Diskussionsfreiheit, die von den gefügigen Werkzeugen der Regierungsterroristen, den betreffenden Leitern des „Frierischen“ Verbandes, verübt worden war. In jener Verammlungen des Frierischen Verbandes war bekanntlich dem einzigen anwesenden Landtagsabgeordneten, dem Genossen Adolf Hoffmann (von den geladenen bürgerlichen Abgeordneten war kein einziger erschienen), nicht nur jede auch nur geschäftsordnungsmäßige Erklärung abgeschnitten, sondern sogar der Aufenthalt zum Zwecke der Information verwehrt worden! Was war da natürlicher, als daß jenen Verammlungsbesuchern, die mit dem laienhaften Gebaren der Verammlungsleitung nicht einverstanden war, durch die neue Veranstaltung Gelegenheit gegeben wurde, auch die Ansicht des so brutal und töricht aus dem Saal verwiesenen Abgeordneten Hoffmann zu hören. Aber unsere Regierung hat ein so schlechtes Gewissen, sie ist

selbst so durchdrungen von der Wichtigkeit sozialdemokratischer Anlagen gegen die preussische Staatsverwaltung, daß sie nicht einmal dulden will, daß die Eisenbahner diese Kritik auch nur kennen lernen! Deshalb erfolgte schon vor acht Tagen in jener Werkstätte die Maßregelung von drei Eisenbahnern, und am Montag, den 6. November, flogen aus demselben Grunde vier weitere Arbeiter aufs Straßpflaster!

Ein jämmerlicheres Armutzeugnis kann die preussische Regierung sich nicht ausstellen. Kläglicher kann sie ihr böses Gewissen gar nicht zeigen. Denn wenn die Lage der Eisenbahnarbeiter eine befriedigende wäre, wenn ihre agrarische Politik die Kritik verträge, warum dann die schlotternde Angst vor der Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten? Aber weil diese Angst so groß, das Gewissen so sehr belästet ist, deshalb schreckt man vor den brutalsten gefehwidrigsten Gewaltmaßregeln nicht zurück, deshalb bestraft man die bloße Anwesenheit in einer Verammlungen, wo wirkliche Redefreiheit herrscht, mit der Entlassung!

Daß die Regierung und insbesondere die Eisenbahnverwaltung dadurch wirklich die Seele der Staatsarbeiter für sich gewinnen wird, wird sie wohl selbst nicht glauben. Ihr Terror wird und muß gerade das Gegenteil der gewonnenen Achtung erreichen. Denn was hat die Regierung gewonnen, wenn es auch fürs erste noch gelingt, durch die Verfernung und rechtswidrige Unterdrückung wirklich unabhängiger Organisationen für die Staatsarbeiter die Durchsetzung besserer Lohnbedingungen zu hinterreiben? Was sie hier an Geld spart, das sie für Zwecke der Unkultur, für eine wferlose Polizei- und Militärwirtschaft zum Fenster hinauswirft, das büßt sie an Autorität bei den terroristischen Arbeitern ein! Die Unzufriedenheit wird immer weiter um sich fressen und da zum Ausbruch kommen, wo, wie bei der Reichstagswahl, das verächtliche Spür- und Schweißfüßchen seine Schranken findet! Dabei wird es dauern auch der scharfmacherischsten Regierung nicht gelingen, die freie und unabhängige Organisation der Staatsarbeiter zu unterbinden!

Einzelne lassen sich mahregeln, einzelne können aus den Betrieben entfernt werden. Wenn aber erst die Massen erkannt haben, wie unbesiegt der brüderliche Zusammenhalt auch die große Armee der Arbeitsklaven der Staatsbetriebe macht, so wird den Staatsbehörden die Luft zum Mahregeln gründlich vergehen.

Noch überwiegt die Kurzt vor dem Terror, noch fühlen die einzelnen sich ohnmächtig und eingeschüchtert — aber auch das gewaltige Meer unserer Staatsarbeiter wird dereinst das Wort zur Tat machen, daß auch Tyrannenmacht eine Grenze hat. Mag die Regierung ihr terroristisches Regiment nur fortsetzen, um so eher wird sie den gegängelten und unterdrückten Staatsarbeitern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und der Solidarität klar machen!

## Der Marokko-Abichluß.

Wie vielleicht hat eine Regierung die öffentliche Meinung so systematisch irreführt wie die Herren v. Bethmann und Kiderlen das deutsche Volk in der Marokkofrage. Man kann ruhig sagen, daß einfach alles, was die offiziöse Presse über die Absichten der Regierung und den Gang der Verhandlungen geschrieben hat und schreibt, bewußte Lüge ist. Auch in der „Behandlung“ der Presse hat sich eben Herr v. Kiderlen als ein Balkandiplomat letzten Ranges erwiesen, der geglaubt hat, von seinen bezahlten Goldschreibern — und anders als gegenbare Bezahlung schreibt in Deutschland kein Mensch für diese Regierung — dem deutschen Volke einfach alles aufbinden lassen zu können.

Jetzt nach dem Abichluß der Verhandlungen regnet es von „Enttäuschungen“. Bekanntlich läßt es die Regierung jetzt so darstellend, als hätte sie nie eine Annexion von Südwestmarokko beabsichtigt und niemals daran gedacht, deswegen einen Krieg zu führen. Die Antwort auf diese Behauptung gibt der „Frankische Kurier“, der aus bester Quelle folgendes erfahren hat:

Als vor drei Monaten die Konfliktsgefahr ihren Höhepunkt erreicht hatte, habe der Kaiser den Kriegsmiester und den Staatssekretär des Reichsmarineamtes zu sich berufen, um sie zu befragen, ob Deutschland tatsächlich aktionsbereit sei. Während der Kriegsmiester mit einem entschiedenen ja geantwortet habe, habe Herr v. Tirpitz darauf verwiesen, daß er nicht ohne Bedenken in einen Krieg geben würde, und zwar erstens mit Rücksicht darauf, daß der Kaiser-Wilhelm-Kanal augenblicklich nicht benutzbar sei; zweitens, weil unsere Verteidigungslinie bei Cuxhaven nicht schlagfertig sei (sie soll angeblich mit veralteten Geschützen ausgerüstet sein) und drittens, weil unsere Unterseeboote weder an Zahl noch in bezug auf ihre Technik dem Feinde gewachsen seien, und endlich unter dem Hinweis auf die Tatsache, daß unsere Hochseeflotte nur mit 28-Zentimeter-Geschützen ausgerüstet sei, während die englischen Schiffe mit 30- und 34-Zentimeter-Geschützen bewaffnet seien.

Diese Angaben, die durch aus richtig sind, werden ergänzt durch folgende Mitteilung der „Welt am Montag“: „Die öffentliche Meinung ist nicht im Zweifel darüber, daß der deutsche Kaiser es gewesen ist, der eine den Frieden gefährdende Behandlung der Marokkofrage gebietet hat. Diese Ansicht ist richtig. Aber der Kaiser ist nicht von vorn herein entschlossen gewesen, seine friedlichen Reigungen auf alle Fälle durchzusetzen, sondern

er ist dazu erst durch folgende Vorgänge bestimmt worden: Als der „Panther“ nach Agadir entsandt wurde, trat der Kaiser seine Nordlandreise an. Trotzdem erreichten ihn Briefe des russischen Kaisers und des Königs von Großbritannien, in denen hingewiesen wurde auf die Gefahr für den europäischen Frieden, die aus dem Marokkofogawist drohe. Der Kaiser ließ daraufhin bei den deutschen Großbanken sondieren, und als ihm die Auskunft zuteil wurde, daß die finanzielle Bereitschaft nicht stark sei, wurde das Auswärtige Amt angewiesen, die Verhandlungen in einer den Frieden verbürgenden Weise zu führen, was dann auch geschehen ist.“

Und schließlich veröffentlicht die „Rhein-Westf. Zeitung“ folgende Angaben über das Doppelspiel des Auswärtigen Amtes:

„In Auswärtigen Amt wird es kein Mensch ernsthaft bestreiten, daß man dort schon einige Wochen vor dem Tag von Agadir Männer uneres öffentlichen Lebens, Politiker und Journalisten, darauf vorbereitet, man plane in der Marokkopolitik „einen großen Schlag“. Diese Andeutungen konnten im Zusammenhang mit den Verlautbarungen der „Korb. Allgem. Zeitung“ nicht anders aufgefaßt werden, als daß das Auswärtige Amt ein Auge auf Marokko geworfen habe, einmal da weiter bekannt gegeben wurde, daß man im Auswärtigen Amt gutachtliche Beurteilungen von Landesbeamten gerade über Südwest-Marokko wütsche. Ebensovienig wird man bestreiten wollen, daß man im Auswärtigen Amt — wir wählen absichtlich diese Fassung — unmittelbar nach dem Tage von Agadir, als Herr v. Kiderlen-Bachter fern von Berlin in Stuttgart weilte, angesehenen Politikern und Journalisten gerade von der Notwendigkeit des Erwerbes einer geeigneten Siedelungskolonie gesprochen hat, und es konnten diese Äußerungen wiederum nicht anders aufgefaßt werden, als daß das Deutsche Reich in Süd-Marokko Fuß zu fassen beabsichtige, wie auch ganz besonders betont werden muß, daß eine andere Auffassung nach der Art, wie jene Mitteilungen gemacht wurden, gar nicht möglich war.

Es ist eine weitere Tatsache, daß am 8. Juli eine Verammlungen von nationalen Politikern und Journalisten in Berlin stattfand, bei der sich unter Wissen und mit Billigung des Auswärtigen Amtes auf die Vertretung folgender vier Programmpunkte einigte:

1. Verlangen der Rückkehr Frankreichs auf den Boden der Algerien-afte.
2. Wenn Frankreich sich hierzu außerstande erklärt: Anstrengung einer Teilung Marokkos in Einflußsphären und Veranpruchung Südwest-Marokkos als deutsche Interessensphäre.
3. Ablehnung jedes aufstrebenden Konferenzplanes, Beschränkung der Verhandlungen nur auf Frankreich und das Deutsche Reich.
4. Ablehnung des hier und da erörterten Planes der Anlage eines Stottensstüppunktes in Agadir oder in einem anderen Hafenplog der künftigen deutschen Einflußphäre.

Wir künden übrigens jetzt schon an, daß diese Befundungen in dem Prozeß Steinow-„Mannedmann-Presse“ — in dem wir, die „Post“ und die „Tägliche Rundschau“ den wegen Vertretung der ursprünglichen Absichten des Auswärtigen Amtes u. a. erhobenen Vorwurf der „Irreführung der öffentlichen Meinung“ zurückzuweisen haben — an Gerichtsstelle öffentlich unter Zeugeneid, wenn man will, unter Nennung der Namen der in Betracht kommenden Verantwortlichen des Auswärtigen Amtes, erhärtet werden.“

Wir möchten noch erwähnen, daß einer dieser „angesehenen Politiker“ Herr Wasserhagen war, der auch vor der Öffentlichkeit den von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ stützigen Standpunkt vertreten und Herrn v. Kiderlen damals seines unbeschränkten Vertrauens versicherte. Im übrigen wird ja über die gefährliche Unfähigkeit, die das deutsche Volk in das Marokko-Abenteuer verstrickt hat, noch manches zu sagen sein.

Der Wortlaut der Verträge wird heute von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht. Ihr Inhalt ist aus unseren bisherigen Darlegungen bereits bekannt.

## Der französische Ministerpräsident über den Marokkoabichluß.

Bei einem Festmahl in Saint Calais besprach am Sonntag Ministerpräsident Caillaux die Marokko-Angelegenheit und sagte: „Die Regierung hat das Bewußtsein, seit vier Monaten eine in hohem Grade wirklich nationale Politik verfolgt zu haben, indem sie zum größten Nutzen Frankreichs die sehr verwickelte Lage ordnete, der sie sich gegenüber gestellt fand, als sie an die Macht gelangte. Im Verlaufe der zum Teil mühsamen Unterredungen haben wir vor allem und ganz besonders geglaubt, daß auf keinen Fall und in welcher Form dies auch sei, Frankreich die Anwesenheit einer der europäischen Großmächte in Marokko zulassen könnte. Wir haben geglaubt, daß wir die schwerste Unklugheit begehen und uns einer Art Verrat schuldig machen würden, wenn wir zum Vorteil einer dieser Mächte in ganz Marokko oder einem Teil desselben einer Festlegung wirtschaftlicher Privilegien zustimmten, die in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Fragen in dem Verhalten der Völker eine überragende Rolle spielen, unabwendbar eines Tages eine andere vollkommenere Herrschaft nach sich gezogen hätte. Wir haben gewollt, daß Frankreich in Marokko volle Handlungsfreiheit habe. Es wäre kindisch, zu glauben, daß an den Ufern des Mittelmeeres und angrenzend an unser Algerien, das wir mit unserem Mutterlande fast verflochten haben, ein großes Land bestehen sollte und könnte, das systematisch der Zivilisation verzieht. Das Gesetz der historischen Entwicklung stellt sich dem ebenentgegen, wie es Frankreich, als es Herrin von Algerien geworden war, gebot, sein Reich auf Tunis auszudehnen. Dieses Gesetz befahl Frankreich, eines Tages Marokko zu organisieren und endgültig in Nordafrika mit Ausschluß aller rivalisierenden Unternehmungen seine Hegemonie als muslimanische Großmacht aufzurichten. Aber um ein so dauerndes Er-



### Cholera im Heere!

Paris, 6. November. (Meldung der Agence Havas.) Aus Malta wird gemeldet, daß sich der Gesundheitszustand in Tripolis zu verschlechtern scheint. Gestern wurden in den Straßen der Stadt ungefähr fünfzig Leichen von durch Cholera oder Hunger verstorbenen Eingeborenen gefunden. Auch in den Palmenpflanzungen befinden sich noch viele Leichname. Außer den italienischen Soldaten werden täglich etwa vierzig Cholerafälle festgestellt.

### Türkische Kampfberichte.

Paris, 6. November. Wie der „Agence Havas“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat nach einer amtlichen Nachricht ein italienischer Kreuzer im Roten Meer ein türkisches Transportschiff in der Nähe von Akaba beschossen und zum Sinken gebracht. Der größte Teil der Mannschaft wurde gerettet.

Der Deputierte Rahmi hat der Kammer in Konstantinopel aus Tripolis ein Telegramm geschickt, das vom 3. d. Mts. datiert ist und die Nachricht enthält, die Türken hätten am 3. d. M. Tripolis angegriffen und die italienischen Stellungen außerhalb der Befestigungswerke der Stadt genommen.

Nach einer Meldung aus Tripolis vom 5. d. M. hat eine Offizier der Stadt vor Feschlum aufgestellte türkische Batterie einige Geschosse auf die auf der See liegenden Schiffe und in die Stadt geschleudert, während Araber in einer Palmenpflanzung aus dem Hinterhalt auf die Italiener feuerten, die unter dem Schutz der Schiffgeschütze einen kräftigen Gegenstoß führten.

### Die italienische Darstellung.

Tripolis, 6. November. (Meldung der „Agenzia Stefani.“) Die italienische Artillerie fügte der feindlichen Artillerie und Infanterie vorgestern ernsthafte Verluste zu. Die Türken haben sicherlich Kenntnis von der Ankunft der italienischen Verstärkungen. Ihre Offiziere erkennen, daß die italienischen Stellungen gegenwärtig unannehmbar sind. Die Türken müssen die Araber ernähren, um wenigstens zu versuchen, sie zusammen bei sich zu halten. Die Schwierigkeit der Lage offenbart sich in Latein offenen Ausrufes gegen die Türken. Vorgestern plünderte eine Gruppe von Arabern eine kleine Karawane mit Lebensmitteln, die für die Türken bestimmt war. Diese versuchten, sie in ihren Besitz zu bringen und die Plünderer zu bestrafen, aber die Araber setzten sich mit den Waffen zur Wehr, und die Türken sahen sich gezwungen, einzulernen. Die Kapitäne Nojzo und Piazza haben vorgestern Erkundungsfahrten unternommen. Nojzo gelangte bis über Anzara hinaus und warf zwei Bomben in ein feindliches Lager. Er fand, daß sich die Streitkräfte des Feindes stark vermindert hätten. Auch Piazza konnte mit Erfolg zwei Bomben auf feindliche Abteilungen werfen. Die Flieger fanden, daß sich das Oberkommando der arabisch-türkischen Truppen in Sul el Gama befindet.

General Briccola meldete aus Benghasi, daß er den Platz und die anderen von seiner Division besetzten Orte zur Verteidigung eingerichtet habe. Infolge der letzten kleinen Gefechte haben sich die vor unseren vorgeschobenen Posten umherstreifenden Araber der Beduinen zurückgezogen, und die italienischen Truppen beherrschen jetzt das Gelände bis zum Fluß des Barakplateaus.

## Die Revolution in China.

### Die Nüchternheit des Thrones.

Peking, 5. November. Der Thron hat die Nationalversammlung aufgefordert, ein Wahlgesetz für das Parlament zu verfassen und die Wahlen vorzunehmen. Der Thron willigte auch ein, die von den Revolutionären gebildete politische Partei anzuerkennen.

### Die revolutionäre Flotte.

Schanghai, 6. November. Drei kaiserliche Kanonenboote von der Flotte des Admirals Sah liefen gestern in den hiesigen Hafen ein, um Lebensmittel und Munition an Bord zu nehmen. Heute früh gingen sie zu den Rebellen über. Als die Flotte der Rebellen hochging, sah man, wie die Mannschaften der Schiffe Freudentänze aufführten und einander die Hände schüttelten. Die Ordnung in Schanghai wurde bisher nicht gestört. Im Arsenal werden Waffen und Munition unter die Rekruten der Aufständischen verteilt, die allen Schichten der Bevölkerung, besonders aber studentischen und Handelsteilen angehören. Es sind wahre Anaben unter ihnen, die meisten wissen mit Feuerwaffen überhaupt nicht umzugehen. Die Straßen, in denen die Menge sich in fröhlicher Stimmung bewegt, bieten mehr das Bild eines öffentlichen Feiertags, als das einer Revolution. Die Fremden werden höflich begrüßt. Ein Port bei Wusung ist zu den Rebellen übergegangen; die Besatzung eines anderen Ports ist noch unklar.

### Erfolge der Revolution.

Schanghai, 6. November. Die Umgebung von Schanghai, Wusung, Hangschou und Sungsiang ist in den Händen der Revolutionäre. Tschou ist zu ihnen übergegangen.

Die Aufständischen erließen Proklamationen, durch die die Zinszölle aufgehoben werden und nur die Seegölle aufrechterhalten bleiben.

### Juanhschikais Weigerung.

Peking, 6. November. Juanhschikai weigert sich noch immer, das Amt eines Premierministers anzunehmen.

Die Regierung unterhandelt mit einer internationalen Gruppe wegen einer Anleihe. Die Frage der Sicherheit erzeugt hierbei Schwierigkeiten.

### Ein deutscher Kreuzer in Schanghai.

Berlin, 6. November. Der große Kreuzer Gneisenau hat den Befehl erhalten, nach Wusung-See zu gehen zur Wahrung der deutschen Interessen in Schanghai. Seine Ankunft ist dort am 8. d. M. zu erwarten. Er wird in Nanjing durch das Kanonenboot Tiger ersetzt, so daß die funktentelegraphische Verbindung Santsu—Kiautschou gesichert bleibt.

## Zentrumskalkulationen.

Man weiß, daß das Zentrum allen Maßnahmen, die das Wahlrecht der breiten Masse des Volkes mehren können, abgeneigt ist. Es widerlegt sich der Wahlreform in Preußen mit einer Hornäugigkeit. Die sich von der Konservativen nur dadurch unterscheidet, daß sie ihr die Ineffizienz kommt. Es will auch nicht einmal von einer gerechten und einigermassen gleichmäßigen Abgrenzung der Wahlkreise etwas wissen. Natürlich geschieht das nicht aus Parteinteresse — wer könnte so schände von dem Zentrum denken, dem Wahrheit und Recht über alles geht und das auch bei seiner Haltung in der Frage der Wahlkreiseinteilung einzig und allein Gründe der Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls wägen läßt. Neben der

bloßen Kopfzahl — so lesen wir in der „Königlichen Volkszeitung“ — müssen auch die örtlichen Verhältnisse Einfluß auf die Zusammenfassung der Wahlvertretung ausüben, denn ein Staat ist nicht bloß eine Ansammlung von Menschen, sondern besteht auch aus Grund und Boden, und seine Bedeutung wird durch Einwohnerzahl und Flächenraum bestimmt. Darauf folgt eine lange Aufzählung alles dessen, was die Stadt alles dem Lande und seiner Bevölkerung verdankt — als ob die ländliche Bevölkerung der Industrie und den Städten nicht ebenso viel verdankte! Immerhin ist das rheinische Zentrumblatt so gnädig, den Großstädten und den Industriebezirken zugunsten, daß sie ihrer Bedeutung entsprechend nicht mehr im Reichstage zur Geltung kommen. Und um hier Wandel zu schaffen, rückt das Blatt mit folgendem fauberen Pländchen heraus:

Will man der Frage der Teilung der großen Wahlkreise näher treten, so muß man vor allem darauf sehen, daß die Gesamtergebnisse dieser Kreise eine angemessene Vertretung finden. In den Städten und Industriezentren gehen die Interessen weit auseinander, durch eine Teilung der Wahlkreise würde ihnen aber keine entsprechende Vertretung gesichert. Gewiß könnte eine geschickte Wahlkreisgeometrie den Liberalen das eine oder andere Mandat in die Hände spielen, in der Hauptsache aber würden die Sozialdemokraten den Vorteil haben. Große Minderheiten würden dabei leer ausgehen. Schon 1907 erhielten in den vier Riesenwahlkreisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Sozialdemokraten 139 000 Stimmen und drei Mandate, das Zentrum 123 000 Stimmen und ein Mandat, die Nationalliberalen 120 000 Stimmen, aber kein Mandat. Da dränglich unwillkürlich der Gedanke der Verhältniswahl auf. Das Gros der Wahlkreise ist räumlich ausgedehnt genug. Eine Zusammenfassung, um Wahlkreise mit mehreren Mandaten zu gewinnen und so die Einführung der Verhältniswahl zu ermöglichen, wäre kaum wünschenswert. Es wäre nur das Band zwischen dem Kreise und seinem Abgeordneten lockern. Anders steht es bei den Riesenwahlkreisen, die an und für sich eine Einheit bilden. Hier würde jede Teilung etwas Willkürliches haben. Will man ihnen daher eine stärkere Vertretung geben, so wäre es gewiß erstens Erwägung wert, ob man nicht für diese Kreise die Verhältniswahl einführen will. Städte wie Berlin, München, Hamburg, die jetzt in mehrere Wahlkreise eingeteilt sind, würde man dann allerdings wohl am besten als Einheit nehmen.

Auf diese Weise will das Zentrum die „Gesamtergebnisse“ der Riesenwahlkreise wahren! Wie ungenügend und selbstlos! In Wirklichkeit ist das Ganze eine der Jesuitereien wie man sie beim Zentrum gewohnt ist. Die kleineren und mittleren Wahlkreise bleiben unberührt, das Zentrum, das hier heimisch ist, läßt daran nicht rütteln und läßt sich das Übergewicht, das es durch sie hat, nicht nehmen. Aber die Riesenwahlkreise, wo es mehr und mehr durch die Sozialdemokratie verdrängt worden ist und immer weiter verdrängt wird, da kann es bei der Verhältniswahl, wo seine Minoritäten ins Gewicht fallen, nur gewinnen. Darum: im „Gesamtergebnisse“, d. h. im Zentruminteresse her mit der Verhältniswahl in den Riesenwahlkreisen! In den vier Wahlkreisen des Industriegebietes, wo das Zentrum jetzt nur einen und von 1912 vielleicht gar keinen Abgeordneten mehr hat, würde es, wenn dieser Bezirk neun Abgeordnete erhielte, unter der Verhältniswahl drei Mandate einheimen. Und wenn man Köln-Stadt und Köln-Land zusammenlegte und für den so gewonnenen Bezirk, der dann 600 000 Einwohner zählte, drei Abgeordnete bewilligte, könnte das Zentrum bei der Verhältniswahl darauf rechnen, wenigstens einen Sitz für seinen geliebten Trimborn zu retten, während unter den jetzigen Umständen die beiden Kölner Kreise wohl bald der Sozialdemokratie anheimfallen und Karl Trimborn sich aus Köln in einen Einzelwahlkreis flüchten muß!

Man sieht das Zentrum hat seine Gründe, wenn es für die Großstädte und die Industriebezirke eine Vermehrung der Abgeordneten und die Verhältniswahl fordert.

## Zur Lebensmittelteuerung.

### Ein Erfolg sozialdemokratischer Kritik.

Im Stadterordnetenkollegium zu Leipzig wurde kürzlich die sozialdemokratische Interpellation über die herrschende Teuerung verhandelt. Die bürgerliche Mehrheit — die gerade vom Rückstich des Völkerschlachtdenkmal kam, also in bester „patriotischer“ Stimmung war — und auch der Rat wollten durchaus nicht anerkennen, daß ein Notstand existiere. So lehnte denn die bürgerliche Mehrheit die sozialdemokratischen Anträge ab, die an den Rat das dringende Ersuchen richteten, „bei der Landes- und Reichsregierung unverzüglich Schritte dahin zu unternehmen, a) daß die Nahrungsmittelzölle aufgehoben, b) die Grenzsperr für die Einfuhr von Vieh und Fleisch beseitigt und c) das System der Getreideeinfuhr keine abgeschafft werde.“ Ferner, daß kommunale Einrichtungen getroffen werden, durch die unserer Bevölkerung möglichst billige Nahrungsmittel vermittelt werden.

Natürlich geißelten unsere Genossen das Verhalten der Bürgerlichen und des Rates in scharfer Weise. Dem Oberbürgermeister Dr. Dittrich stieß die sozialdemokratische Kritik bitter auf. Er sagte über „frevelhafte Art“, in der „eine gewisse Presse“ (die „Leipziger Volkszeitung“) die Haltung des Rates kritisiere. Natürlich diente den klagenden Herren Genosse Seger als Redakteur dieser „gewissen Presse“ in gebührender Weise.

Diese „frevelhafte“ sozialdemokratische Kritik hat aber doch derartig in der Öffentlichkeit gewirkt, daß sich der Rat nunmehr veranlaßt sieht, zum mindesten für „seiner“ Arbeiter etwas zu „sorgen“. Er unterbreitet nämlich dem Stadterordnetenkollegium eine Vorlage um Gewährung von Beihilfen an einen Teil der städtischen Beamten, Arbeiter, Pensionäre usw. Der Rat schreibt zur Begründung seiner Vorlage:

Nachdem in der letzten Zeit verschiedene Lebensbedürfnisse gestiegen sind, steht zu befürchten, daß namentlich kinderreiche Familien während des bevorstehenden Winters in bedrängte Verhältnisse geraten können. Der Rat hält es deshalb neben dem Oberbürgermeister Dr. Dittrich in der Stadterordnetenversammlung vom 18. Oktober in Aussicht gestellten Maßnahmen für angezeigt, die erwähnten Beihilfen zu gewähren.

Das ist das glatte Eingeständnis, daß die sozialdemokratischen Vertreter mit ihrer Kritik im Rechte waren. Doch darf das natürlich ein hochwobllätlicher Rat nicht eingestehen. — Diese Beihilfe soll eine einmalige sein und nach den Beschlüssen des Rates gewährt werden den verheirateten oder verwitweten städtischen Beamten, Angestellten, Hilfsarbeitern und Arbeitern — und zwar auch den weiblichen, die die Ernährer ihrer Familien sind —, soweit sie, ausschließlich etwaiger dienstlicher Nebenbezüge, wie Jahrgeld, Nebenlohn, Überstundenvergütung und dergleichen, ein jährlich selbes oder durchschnittliches Dienstverdienst von nicht mehr als 1800 M. beziehen; ferner den im Ruhestande stehenden verheirateten oder verwitweten ehemaligen städtischen Beamten, die nicht mehr als 1000 M. Pension beziehen, und den Witwen ehemaliger städtischer Beamten, die nicht mehr als 600 M. Pension beziehen; schließlich den im Ruhestande stehenden verheirateten oder verwitweten ehemaligen städtischen Arbeitern und den Witwen ehemaliger städtischer Arbeiter.

Die einmalige Beihilfe soll bei einem Kinde unter 16 Jahren 40 M., bei 2 oder 3 Kindern unter 16 Jahren 50 M. und bei mehr als 3 Kindern unter 16 Jahren 60 M. betragen, und zur Hälfte sofort nach Erteilung der Zustimmung der Stadterordneten und zur anderen Hälfte am 15. Januar 1912 ausgezahlt werden. Der Rat will sich dabei vorbehalten, bei besonders kinderreichen Familien noch über 60 M. hinauszugehen.

Der durch die Gewährung dieser Beihilfen entstehende Aufwand läßt sich nach der Meinung des Rates nur schwer schätzen, doch hofft er mit 210 000 Mark auszukommen. Er fordert jedoch, um in besonderen Fällen etwas höher gehen zu können, ein Rechnungsgeld von 250 000 Mark.

Mit dieser „Sorge“ des Rates um „seiner“ Arbeiter ist natürlich der Übergroßen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Leipzig noch nicht geborgen. Gerade sie trifft ja die nunmehr auch vom Rat anerkannte Not ganz besonders, als sie außer der Not der Teuerung auch noch die doppelt schwere Not der Arbeitslosigkeit trifft, von der ja die städtischen Arbeiter — und vor allen Dingen die Beamten — verschont sind. Darum hat der Rat seiner Vorlage noch ein soziales Mäntelchen umgehängt, indem er für die Speisung der Kinder in den Schulen, für die Errichtung zweier neuen Speiseanstalten und für die Unterstützung sämtlicher bestehenden Speiseanstalten Mittel verlangt. Wie „durchgreifend“ diese „Hilfe“ gedacht ist, geht aus dem Ratsschreiben hervor, in dem es heißt, daß für die Speisung armer bedürftiger Kinder in den Schulen während des kommenden Winters ein Rechnungsgeld in Höhe von 30 000 Mark, und für die Errichtung zweier neuen Speiseanstalten sowie zur Unterstützung sämtlicher Speiseanstalten „bei einem etwaigen Fehlbetrage“ ein Rechnungsgeld von 40 000 M. gefordert wird. Daß diese 70 000 M. bei einer Bevölkerung von über einer halben Million Menschen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein können, weiß natürlich auch der Rat der Stadt Leipzig. Den Brotwucherern und Lebensmittelverteilern jedoch direkt zu Leibe zu gehen, verbietet ihm sein und seiner Klassengenossen Interessengeizismus. Da ist schon vortheilhafter, aus dem in letzter Linie doch nur von der arbeitenden Bevölkerung gefüllten Stadtsäckel Mittel für soziale Kurven zu entnehmen, und sei es auch nur, um dem Indifferentismus aufs neue die Augen zu tränen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. November 1911.

### Jungliberale Phrasen.

In unserer Montags-Extraausgabe haben wir bereits unter dem Titel „Jungliberale Halbheit“ den kuriosen rhetorischen Cirkelzug gekennzeichnet, in dem sich auf dem am Sonnabend in Karlsruhe abgehaltenen Jungliberalen Parteitag der Rechtsanwalt Dr. Kauffmann-Stuttgart als Berichterstatter des jungliberalen Vorstandes produzierte. Wie Herr Kauffmann sich bei der Erörterung des Ausbaues der heutigen Reichsverfassung und der Kolonialfragen als geübter Phrasenjongleur erwies, so auch in seinen Ausführungen über die von den Nationalliberalen bei der nächsten Reichstagswahl zu befolgende Taktik. So meinte er zum Beispiel:

„Unser Ziel muß sein, eine ausschlaggebende Stellung des Liberalismus im neuen Reichstag zu erkämpfen. Es ist ganz richtig, daß die Liberalen durch ein prinzipielles Zusammengehen mit der Sozialdemokratie die Konservativen und das Zentrum in ihrem Mandatsbestand sehr erheblich schwächen könnten, aber ebenso sicher ist, daß der Mandatsgewinn dabei mindestens im gleichen Umfang der Sozialdemokratie wie dem Liberalismus zugute kommen würde. Aber was wäre die Folge davon? Werden die Konservativen auf 50 Mandate heruntergebracht — und das liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit —, und kommt der Liberalismus auf 140 und mehr Mandate, so ergibt eine einfache Berechnung, daß die Regierung zu jeder Gesetzesvorlage die Mißhilfe des Zentrums brauchte, so daß also die Folge der ganzen Großkoalition keine andere wäre als eine verstärkte Machtstellung des Zentrums im Reichstage. Der Liberalismus wird also vor den Hauptwahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit derselben Entschiedenheit zu führen haben wie den gegen die Reaktion, und er wird sich für die Stichwahlen erst festlegen dürfen, wenn der Ausgang der Hauptwahlen zu übersehen ist. Der Liberalismus wird, wenn er sich nicht selbst opfern will, weder die eine noch die andere Stichwahlparole vor den Hauptwahlen ausgeben dürfen, und nach den Hauptwahlen wird er sie ausgeben müssen, ohne jede falsche Sentimentalität, lediglich unter dem Gesichtspunkt der Verhärtung seiner eigenen Machtposition. Die nationalliberale Partei wird daher auch vor einem Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie nicht zurückschrecken dürfen.“

Soweit aus diesen Worten der Ideengang der jungliberalen Herren entnommen werden kann, sollen also die Liberalen die Konservativen nicht so stark schwächen, daß eine nationalliberal-konservative Mehrheit ausgeschlossen wäre, aber gleichzeitig soll auch eine konservativ-kerkale Mehrheit verhindert werden. Wenn es also nicht gelingt, ausschließlich das Zentrum zu dezimieren — und das schaffen die Jungliberalen nicht —, gibt es ein schwereres Stichwahlereignis, zu dessen Lösung der jungliberale Gemütsmenschen dann auch die in der Hauptwahl heftig bekämpfte Sozialdemokratie gnädig zulassen will. Kluge Leute seiner Art sehen sich jedoch häufig zwischen zwei Stühlen. So wird es wohl auch den Liberalen bei den kommenden Wahlen passieren.

Charakteristisch ist übrigens, daß bei den Jungliberalen fast noch eine größere Begeisterung für Kolonialerwerbungen und Kolonialfragen herrscht als bei den rechtsnationalliberalen. Selbst Herr Rebmann, der von den westfälischen Konservativ-Liberalen als „Großblut-Water“ verpötte Führer der Nationalliberalen in Boden, machte in Kolonialschwärmerei. Er sagte u. a.: „Jorn und Scham erfüllt uns über unsere ähner Politik. Jörn, daß kein deutscher Mann in der Regierung ist, der die Waffen, die ihm das deutsche Volk in die Hand gedrückt hat, zu gebrauchen weiß. Fern sei es von uns, einen frivolsten Krieg herbeiführen zu wollen. Aber wer das Schwert in der Hand hat und es nicht zu gebrauchen weiß, — das muß uns mit Scham erfüllen. (Stürmischer Beifall.) Unsere Parole für die kommenden Wahlen sei: vorwärts! und aufwärts! (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)“

Die Jungliberalen unterscheiden sich nur noch von den „Alten“ durch ihre stärkere Vorliebe für schöne Phrasen und politische Aufschneidererei.

### Lindequist.

Herr v. Lindequist soll nach einer Mitteilung eines Berliner Mittagsblattes sich durch die offiziellen Beischimpfungen in seiner persönlichen Ehre verletzt fühlen (was allerdings eine

Wiel zu hohe Meinung über die Auslassungen der Reichsmännchen (Breslauer Vertreter) und sich an den zuständigen Ehrenrat zur Beurteilung seines Verhaltens wenden wollen. Herr v. Lindequist ist Hauptmann, Herr v. Weismann Major. Es ist also möglich, daß sich die Herren miteinander schießen müssen. Das können wir nun nicht hindern. Aber wir können Herrn v. Weismann schon jetzt versichern, daß wir in der kritischen Stunde für ihn beide Daumen halten werden. Denn es wäre schrecklich, wenn Herr v. Lindequist dem deutschen Volke seine beste Wahlparole durchlöcheren!

### Zum Zusammentritt des sächsischen Landtags.

Nach einhalbjähriger Pause treten am Dienstag die sächsischen Landtagsabgeordneten wieder zur Tagung zusammen. Die Zusammenkunft hat inzwischen eine kleine Verschiebung erfahren. Unsere Genossen haben im Leipziger Landkreise, der bisher von einem Konservativen vertreten wurde, bei der Ersatzwahl einen Sieg errufen und ziehen nun 28 Mann stark ein; dagegen kehren die Nationalliberalen geschwächt wieder. Unser Sieg im Leipziger-Land bedeutet einen Verlust für sie, denn der verstorbene Abgeordnete Dürrer war Hospitant bei der nationalliberalen Fraktion. Außerdem ist der Abgeordnete Rexel ausgetreten und Langhammer ausgeschlossen worden. Es werden daher die Konservativen nach wie vor 27 Vertreter haben, die Nationalliberalen aber auf 26 zusammengefaßt sein; die Sozialdemokraten sind nun genau so stark wie die Nationalliberalen. Zu den 8 Freisinnigen werden sich noch 2 Wilde gesellen, die bei den Fortschrittler hospitierten dürften. Zwei Reformer werden im wesentlichen mit den Konservativen gehen.

Die kleine Verschiebung hat insofern Bedeutung, als nun die Konservativen Anspruch auf den Präsidentensitz erheben, der bisher von dem Nationalliberalen Dr. Vogel eingenommen wurde. Ob die Nationalliberalen auf diesen wichtigen Posten ohne weiteres verzichten werden, ist um so fraglicher, als sie mit den Fortschrittler zusammen noch eine relative Mehrheit stellen können, wenn unsere Genossen bei der Präsidentenwahl weiße Stimmzettel abgeben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Anspruch auf einen Vizepräsidenten und einen Schriftführer; dieses Recht wird auch geltend gemacht werden. Im vorigen Landtage erklärten sich die Nationalliberalen bereit, für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen, wenn er sich verpflichtete, an der feierlichen Eröffnung des Landtages durch den König teilzunehmen. Sie beriefen sich dabei auf verfassungsmäßige Bestimmungen. Unsere Genossen erklärten, sich keinerlei Vorschriften machen lassen zu können; sie forderten den Vizepräsidentenposten bedingungslos. Darauf wählten die Nationalliberalen mit den Fortschrittler zusammen einen Fortschrittler mit kleiner relativer Mehrheit zum zweiten Vizepräsidenten. Natürlich lassen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch diesmal auf keinerlei Bedingungen ein.

Die Landtagsverhandlungen werden sich alsbald sehr lebhaft gestalten. Sozialdemokratische Anträge wegen der Steuerungsnot und für Einführung des allgemeinen Wahlrechts sollen alsbald eingebracht werden und werden wahrscheinlich schon in der nächsten Woche zur Beratung kommen. Lebhaftige Debatten wird auch eine sozialdemokratische Interpellation auslösen, durch die die Regierung wegen der Verteilung der Heimarbeit, ausfüllung auf der Internationalen Hygieneausstellung zur Verantwortung herausgefordert werden soll. Auch andere Parteien werden mit Interpellationen aufwarten. Ob die Konservativen ihre Absicht verwirklichen und die Regierung wegen des angeblich neuen Kurses, der ihnen nicht mehr reaktionär genug ist, durch eine Interpellation angreifen werden, ist noch nicht gewiß. Jedenfalls wird aber die Frage des sächsischen Regierungskurses interessante Debatten bei der Staatsberatung auslösen, wo auch die sozialdemokratischen Abgeordneten mehrere Forderungen mit der Regierung zu rufen haben.

Wichtige Gesetzesvorlagen sind zwar in der ersten Zeit noch nicht zu erwarten, doch ist ein Gemeindesteuergesetz Entwurf bestimmt in Aussicht gestellt, der das Gemeindesteuergesetz nach preussischem Muster landesgesetzlich regeln soll. Große Kämpfe werden um die Volksschulvorlage entbrennen, die ebenfalls in Vorbereitung ist. Besonders die Reform des Religionsunterrichts wird scharfe Zusammenstöße zeitigen. Ob diese Kämpfe schon in diesem Landtage zu einer Entscheidung führen, ist indes fraglich, es muß vielmehr mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Zwischendeputation eingesetzt und so die wichtige Gesetzesvorlage erst dem übernächsten Landtage zur Erledigung zugeschoben wird.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden alles versuchen, die im letzten Landtage von ihnen in Fluß gebrachten sozialpolitischen Anträge, vor allem die Frage der Arbeitslosenversicherung, weiter zu fördern. Hierzu hat die Regierung eine Denkschrift in Aussicht gestellt.

Auf positive Erfolge von größerer Bedeutung kann jedoch die sozialdemokratische Fraktion nicht rechnen. Selbst wenn in der zweiten Kammer eine Mehrheit für fortschrittliche Reformen zustande käme, was bei der bekannten Zämmlichkeit der Nationalliberalen auch kaum zu erwarten ist, so besteht doch die reaktionäre Phalanx, die von der Regierung und der ersten Kammer gebildet und von den Konservativen in der zweiten Kammer nach Kräften gestützt wird.

### Reize Vertuschung.

Die badische Zentrumsprelle liegt mit den Nationalliberalen wegen der Konstanzer Wahl noch in scharfer Fehde. Dabei spielt auch das Stichwahlabkommen mit den Sozialdemokraten eine große Rolle. Das liberale Blatt in Singen, dem Wohnsitz des neugewählten Abg. Schmid, schreibt auf einen Angriff des dortigen Zentrumsorgans:

„Wir stellen hiermit auf Grund genauer Kenntnis des Sachverhalts fest, daß diese zentristische Behauptung eine grobe Unwahrheit ist. Reichstagsabg. Schmid hat keine auf die Stichwahlhilfe bezüglichen Bedingungen unterzeichnet.“

Demgegenüber erklärt der sozialdemokratische Parteisekretär für Oberbaden, der in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der badischen sozialdemokratischen Landesorganisation die Verhandlungen mit den Nationalliberalen leitete:

„Der (nall.) Kandidat Schmid, der an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, hatte schon im Laufe des Tages dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Kreiswahlkomitees erklärt, daß er die gestellten Forderungen anerkenne, da er ganz auf dem Boden der Forderungen stehe. Die Vertreter der Liberalen gaben in der Sitzung die gleiche Erklärung ab. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die amwesenden Vertreter der beiden liberalen Parteien erklären im Einverständnis und im Auftrage des Kandidaten Herrn Schmid, daß er im Falle seiner Wahl für solche Gesetze und Gesetzesänderungen, wie sie in der Resolution des Jenauer sozialdemokratischen Parteitagges verworfen werden, nicht einzutreten wird.“

Die Erklärung wurde mündlich abgegeben und vom Genossen Engler, dem Parteisekretär, zu Papier gebracht. Eine Unterschrift oder eine schriftliche Erklärung von Herrn Schmid zu verlangen, hatten wir unter den gegebenen Umständen keinen Anlaß.“

### Türkel.

#### Eine Niederlage des Kriegsministers.

Konstantinopel, 6. November. Die Kammer setzte heute die Diskussion über den Versuch fort, den Abgeordneten Luffi fikri zu verhaften. Da der Kriegsminister der Kammer geschrieben hatte, er werde übermorgen eine Erklärung abgeben, griff die Opposition den Minister aufs Heftigste an und verlangte, daß er sofort käme. Rıza Tevfik bezeichne einen solchen Aufschub als unzulässig, da es sich um eine Lebensfrage der Verfassung handle. Die Kammer müßte wissen, wer den Verhaftungsbefehl, den der Großvezir nicht lenne, erlassen habe, und mit welchem Recht der Minister in der Militärschule politische Reden halte. Als ein jungtürkischer Redner bemerkte, der Kriegsminister sei durch den Krieg stark beschäftigt, erwiderte Rıza Tevfik, der Minister führe nicht Krieg gegen Italien, sondern gegen die Kammer; er konzentriere die Truppen in Konstantinopel, statt sie gegen Italien zu schicken. Nach Schluß der stürmisch verlaufenen Debatte nahm die Kammer mit 123 gegen 83 Stimmen eine oppositionelle Tagesordnung an, die das Verlangen des Ministers nach Verschiebung der Antwort auf die Interpellation auf übermorgen zu rückweist. Nur ein Teil der Jungtürken, der die eifrigsten Mitglieder des Komitees umfaßt, stimmte zugunsten des Kriegsministers. Der Beschluß der Kammer wurde unverzüglich dem Kriegsminister mitgeteilt.

### Persien.

#### Rußland sucht Streit.

London, 6. November. Aus Teheran melden die „Times“ unter dem 5. November, Rußland verlange eine Entschuldigung für eine angebliche Verleumdung von zwei russischen Konsularbeamten bei Gelegenheit der Beschlagnahme des Eigentums Schöa es Saltaneh. Persien verweigere die Entschuldigung, wenn nicht durch eine Untersuchung die Wahrheit der Anklagen bewiesen werde. Die russische Regierung lehne jedoch die Untersuchung ab und lasse durchblicken, daß sie eine Befehung der Provinz Sistan und des Distrikts Talsch bei Ardabil beabsichtige.

### Hus der Partei.

#### Der Protest gegen die koloniale Raubpolitik.

Amsterdam, 5. November. (Fig. Ver.) Am heutigen Sonntage demonstrierte das holländische Proletariat zugleich mit der Arbeiterschaft anderer Länder auf einem auf Initiative des Internationalen Sozialistischen Bureau veranstalteten Meeting gegen den Krieg, insbesondere gegen den Raubzug der italienischen Regierung gegen Tripolis. Der große Saal des „Palais voor Volksvrijheid“ war gut besetzt. Redner waren der belgische Genosse Ansele und Troelstra, die unter wiederholtem lauten Beifalle der anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen den Militarismus und Imperialismus der kapitalistischen Regierungen in schärfster Weise kritisierten und das holländische Proletariat zum Zusammenschluß auf der Grundlage der Internationale aufforderten, zur Bildung der Macht gegen den Krieg, für den Frieden und zur Erringung des kommenden Sozialismus. Die vom Internationalen Sozialistischen Bureau vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

#### Die englische Arbeiterbewegung

hat sich entschlossen, eine große Propaganda gegen den Krieg zu entfalten. Die Vertreter aller dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Organisationen sind zusammengekommen und haben folgende Resolution gegen den italienischen Raubzug angenommen:

„Diese Versammlung beklagt die Verletzung der italienischen Regierung, ihre angeblichen Beschwerden gegen die Türkei einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, sie verurteilt die italienische Regierung aufs schärfste für die ungeredertigte Bombardierung und Vespierung von Tripolis im Interesse kapitalistischer Ausbeutung und hört mit Entrüstung von den Barbaren, die die italienischen Truppen verübt haben sollen. Die Versammlung drückt ferner die Hoffnung aus, daß die kriegführenden Parteien ihre Differenzen sofort einem Schiedsgericht unterbreiten werden, und schließt sich den organisierten Arbeitern Europas an in der ersten Kundgebung ihres Abscheus vor dem Krieg und in dem Bemühen, ihre respektiven Regierungen zur Herstellung des Friedens zwischen den kriegführenden Mächten zu veranlassen.“

Es wurde auch beschlossen, alle Sektionen aufzufordern, in allen Versammlungen gegen den Krieg Stellung zu nehmen.

#### Die Sozialdemokratische Partei der Provinz Hannover

steht am Sonntag, den 5. und am Montag, den 6. November, im Gewerkschaftshaus in Hannover ihre Provinzialversammlung ab. Die zur Landesorganisation gehörenden 12 Wahlkreise der Provinz waren durch 88 Delegierte (darunter Frauen) vertreten. Vom Parteivorstand wohnte Genosse Otto Braun-Verein den Verhandlungen bei. Aus dem eine zweijährige Periode umfassenden Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Während der Berichtsjahre hat wiederum eine bedeutende Ausbreitung der Organisation stattgefunden. Die Zahl der Ortsvereine hat sich von 68 auf 146 vermehrt. Außerdem wohnen in einer großen Anzahl von Orten organisierte Parteigenossen, die noch nicht in Ortsvereine zusammengeschlossen sind. Die Mitgliederzahl ist von 21 648 männlichen und 8123 weiblichen Mitgliedern am 1. Juli 1909 auf 25 508 männliche und 4754 weibliche Mitglieder am 30. Juni 1911 gestiegen. Die Gesamtmitgliederzahl betrug also 54 93 Mitglieder, das sind 22 Prozent. Damit kann die Partei zufrieden sein. Auch die Beitragsleistung ist besser geworden. Insgesamt wurden in der Berichtsperiode in den 12 angeschlossenen Kreisen 210 282 M. eingenommen und 183 524 M. ausgegeben. Hieran erhielt der Parteivorstand 31 754 M. und der Provinzialvorstand 28 155 M. Entsprechend diesen Zahlen war die agitatorische Tätigkeit sehr rege. Es wurden in der Berichtszeit im ganzen 311 000 Kalender und 1 088 050 Flugblätter und Broschüren verbreitet. Das Versammlungswesen war ebenfalls außerordentlich lebhaft; es wurden im ganzen 2288 Versammlungen (darunter 713 öffentliche) veranstaltet. Die Jugendbewegung machte erfreuliche Fortschritte. Im ganzen bestehen in 16 Orten Jugendausstellungen und die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ beträgt 3026, davon 2253 in Hannover. Die Beteiligung der Partei an den Gemeindevahlen ist außerordentlich erhöht durch die vorinstanzliche hannoversche Städteordnung. In drei Städten verfügen wir über vier Bürgervereine. In den Landgemeinden hatten wir etwas bessere Erfolge.

Im Jahre 1911 wurden in 37 Gemeinden 80 Gemeindevorstandmitglieder gewählt. Der „Volkswille“, das Organ der hannoverschen Genossen, zählte am 31. März 1911 33 181 Abonnenten; 12 640 entfallen davon auf die Provinzorte. Durch eine energische Agitation ist die Abonnentenzahl auf 35 300 gesteigert worden.

Im weiteren Verlauf der Tagung hielt Genosse Wrag einen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen und über die politischen Verhältnisse in der Provinz Hannover. Er geistelte das

Wandnis der Nationalliberalen mit der ganz bedeutungslosen Fortschrittspartei, das sich angeblich gegen die Reaktion, in Wirklichkeit aber gegen die Sozialdemokratie richte. Der Referent hofft, daß das Stimmenverhältnis der Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Wahl sich gegenüber dem Jahre 1907 verdoppeln und verdreifachen möge. Die Partei könne mit größter Zuversicht dem Wahlkampf entgegengehen. — Die übrigen Verhandlungen waren formaler Natur. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

#### Kommunalwahltag.

Bei der am Sonntag in Landsberg a. W. stattgefundenen Stadtverordnetenwahl für die dritte Abteilung errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg, indem die sozialdemokratischen Kandidaten 1217 Stimmen erhielten, während auf die gegnerischen Reichswahlkandidaten nur 728 Stimmen entfielen. Durch diesen Sieg wird die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament von 4 auf 9 erhöht. Die Beamten der Post, Eisenbahn und Jreanstalt stimmten geschlossen für die gegnerischen Kandidaten.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ teilt mit: Entsprechend den Beschlüssen des Innsbrucker Parteitages und in Gemäßheit der seit langem bestehenden Organisation der Partei, trägt die Arbeiterzeitung von heute (Sonntag, 5. November) an den Titel: „Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.“

#### Vollzeitliches, Gerichtliches usw.

#### Ein beleidigter Reichsverbandler.

In einer satirischen Bändererei hatte die „Leipziger Volkszeitung“ am 17. Juli die Vereinsmeierei gezeigelt und bei der Aufzählung einer Anzahl überflüssiger und lächerlicher Vereine auch den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie genannt und ihn mit dem Verein zur Einfuhr von Zuckerteilen und dem Verein für Kindviehjuden verglichen. Hierdurch schützte sich der frühere Hochschullehrer und jetzt als Bauer in Klinga lebende Reichsverbandleragent Henrici beleidigt und stellte Strafantrag. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur Keimling zu 200 M. Strafe. — Natürlich wird gegen dieses erstaunlich hohe Urteil Berufung eingelegt werden.

### Letzte Nachrichten.

#### Landtagsnachwahlen in Breslau.

Breslau, 6. November. Bei den heutigen Wahlmännerwahlen sind 89 Liberale, 73 sozialdemokratische und 65 konservative Wahlmänner gewählt worden. Vier Wahlen sind nicht zustande gekommen. Demnach hätte Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten stattzufinden. Die Konservativen haben über 30 Mandate verloren.

#### Zum Marokkofachter.

Paris, 6. November. (W. Z. B.) Die Veröffentlichung des Wortlauts des deutsch-französischen Abkommens bietet den Blättern Anlaß zu sehr eingehenden Erörterungen.

Der „Temps“ schreibt: Alle diejenigen, welche diesen Vertrag mit dem deutschen Reichbuch von 1905 vergleichen, dürften zur Ansicht gelangen, daß Frankreich, ohne seine Würde und seine Interessen zu verletzen, Deutschland für seine Zustimmung ebenso entschädigen konnte, wie es vorher England entschädigt hat.

Das „Journal des Debats“ meint: Dem Abkommen fehlt es an Klarheit, Bestimmtheit und Offenheit. Alles zeugt davon, daß jeder Artikel das Ergebnis eines mühseligen Ausgleichs sei. Besonders bedauerlich sei die Fassung der beiden ersten Artikel, wonach Frankreich sich vorher mit der marokkanischen Regierung verständigen müsse. Ministerpräsident Caillaux hätte diese Klausel niemals annehmen dürfen, er glaubte offenbar, daß der gegenwärtige Sultan und seine Nachfolger niemals in stande sein werden, eine etwaige Meinungsverschiedenheit zu äußern. Wer verbürgt das? Frankreich könnte sich eines Tages einem übergesinnten oder übelbeeinflussten Sultan gegenübersehen. Frankreich ist also ermächtigt, eine politische Schutzherrenschaft anzuhäufen unter dem Vorbehalt der ständigen Zustimmung des Schlichters. ... Das Parlament muß das Abkommen genehmigen ohne Zögern, aber auch ohne Begeisterung.

Wien, 6. November. (W. Z. B.) Das deutsch-französische Marokkoeffachter wurde heute von dem deutschen und französischen Vorkämpfer auf dem Ministerium des Aeußern mit dem Ersuchen um Zustimmung überreicht.

#### Die Revolution in China.

Schanghai, 6. November. (W. Z. B.) Die Städte Tsching-liang und Tschang-tschou haben sich den Rebellen ergeben. Die Uebergabe von Kouifan beschäftigt sich. Alle wichtigen Punkte auf der Eisenbahn bis Tschin-liang erklärten sich für die Revolutionäre. Nur Kanking ist augenscheinlich noch immer kaiserlich gesinnt und ruhig. Aber der dortige Tatarengeneral ist sehr unbeliebt; seine Anwesenheit kann die Ursache eines Zwiespaltes werden.

Schanghai, 6. November. (Meld. d. Neut. Bur.) Schanghai in der Provinz Tscheking, das Zentrum des Grubengebietes, ist heute in die Hände der Aufständischen gefallen. Kouifan, eine besetzte Stadt halbwegs zwischen Schanghai und Sutschou, soll ebenfalls den Aufständischen preisgegeben worden sein.

Peking, 6. November. (Meldung d. Neut. Bur.) Ein Edikt ernennet Tschengghaoteng zum Oberbefehlshaber der Truppen in Sangtschu mit der Vollmacht eines kaiserlichen Gesandten, der sich nach den Provinzprovinzen begeben wird, um das Volk zu versöhnen. Ferner wird Tu anfa zum Eisenbahntommisnar mit dem Range eines Vizekönigs von Szechuan an Stelle von Tschaoerhsang ernannt.

#### Die goldene Jugend.

Frankfurt a. M., 6. November. (W. Z. B.) Ein großer Studentenstreik entstand heute früh gegen 5 Uhr in der Nähe des 2. Polizeireviere. Die Studenten wurden bei dem Versuch, in das Revier einzudringen, mit Gewalt zurückgedrängt. Einer wurde verletzt, daß er in das Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Das telephonisch herbeigerufene Krankenautomobil stieß unterwegs mit einer Autodrosche zusammen und wurde zum größten Teil zertrümmert. Ein Sanitätsbeamter wurde dabei schwer verletzt. Ueber die Ursache der Zusammenstöße finden Ermittlungen statt.

#### Sturmschäden in Dänemark.

Kopenhagen, 6. November. (W. Z. B.) Ganz Dänemark wurde in der letzten Nacht von einem Orkan heimgesucht, der teilweise von Gewitter und Hagel begleitet war. Besonders aus Jütland und werden große Schäden durch Ueberflutungen gemeldet. Die Westküste von Jütland wurde von einer Sturmflut heimgesucht. Teilweise sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen gestört. Die Jahre Gjedse-Warne münde ist unterbrochen. Verschiedentlich sind Schiffsunfälle vorgekommen. Der Sturm dauert ununterbrochen an.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Innsbruck, 2. November.

Vormittagsitzung.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung

Die Teuerung

referiert Dr. Otto Bauer. Er führt in großen Zügen aus: Die erste Ursache der Teuerung ist, daß der Staat die Lebensmittelversorgung Privatleuten überläßt. In der Teuerung erweist sich der völlige Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft, die nie und nimmer dem Stand, das die Teuerung mit sich bringt, steuern kann. Das hat ja Gaultsch selbst erklärt, seine Reden waren Umsurzgreden, waren der Satz des kommunistischen Manifests: „Die bürgerliche Gesellschaft kann nicht mehr regieren, weil sie ihre Sklaven nicht mehr ernähren kann!“ (Stürmischer Beifall.) Die Preise diktiert die Kartelle. Die Gesetzgebung versagt gegen sie, erfolgt sie nicht, sie sind zu tief verankert im Kapitalismus. Die breiten Massen des Volkes stehen hier gegen das ganze komplizierte System der Auswucherung des Volkes. Für unsere Volksgesetzgebung im Jahre 1917 wird vielleicht der Ausfall der deutschen Reichstagswahlen von höchster Bedeutung sein, denn die österreichische Sozialpolitik ist lange schon ein Abklatsch der deutschen. Der Redner beipflichtet dann die Wohnungsnot, die mit einer Folge des volksfeindlichen Steuerrechts ist, das den Wohnungsbau einschränkt. Nicht als hoffnungslos will ich unsere Aktion hinstellen, aber sorgen Sie dafür, daß sich die Arbeiter nicht einschleifen lassen von der bürgerlichen Demagogie, sorgen Sie für richtige Einschätzung unserer Konsumvereine! (Sehr richtig!) Der Referent schließt mit einem feurigen Appell zur vereinigten kraftvollen Aktion von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft und für den Befreiungskampf des Proletariats. Er beantragt unter stürmischem Beifall eine Resolution, in der u. a. ausgeführt wird:

„Die Teuerung ist eine Wirkung der kapitalistischen, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise. Der Kapitalismus ist nicht denkbar ohne Perioden der Teuerung, wie er nicht denkbar ist ohne Ausbeutung, ohne Arbeitslosigkeit, ohne die Verhinderung des Handwerks durch das Kapital, ohne die Verhinderung der Bauern, ohne das Verbrechen und ohne die Prostitution. Die Teuerung kann nicht beseitigt werden, ohne daß ihre Ursache beseitigt wird. Die Aufhebung des Massenelends setzt also voraus: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Expropriation der Expropriateure, die Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise.

Die Teuerung wird verschärft durch die Schutzzölle und Einfuhrverbote.

Die Teuerung wird weiter verschärft durch die hohen indirekten Steuern.

Die Vinderung der Rot setzt also voraus: die Befreiung des Staates von dem Tribut an das Finanzkapital; die Befreiung der Völker von den Lasten des Militarismus, des Marinismus und der Großmachtpolitik; die Befreiung des Gemeinwesens von der Herrschaft der besitzenden Klassen.

Dann werden die bekannten Forderungen nach sofort wirksamen Mitteln aufgestellt und die Resolution schließt:

Die Arbeiterklasse muß den politischen Kampf gegen die Ursachen der Teuerung und ihre Kugnieher in der Erkenntnis führen, daß sie in diesem Kampfe auf den erbittertesten Widerstand der ihre Profite verteidigenden herrschenden Klassen stoßen und stoßen muß. Diese Erkenntnis darf die Arbeiterklasse nicht entmutigen; die Kraft des Widerstandes der Klassen, die die Kugnieher der Teuerung sind, muß vielmehr die Arbeiterklasse anspornen, ihre Bemühungen zu verdoppeln, ihre politischen Organisationen zu kräftigen, die sozialistische Erkenntnis in den Volksmassen zu verbreiten und in dieser Weise den Umsurz der die Teuerung verursachenden politischen Machtverhältnisse vorzubereiten.

Kleines feuilleton.

Deutsch-Kongo. Bleigrauer, dunstgeschwängelter Himmel, eine heiße, entnervende lähmende Feuchtigkeit, menschenleere Gänge, so weiß das Auge blickt, wohin auch immer man sieht, kein ehbares Bild, keine Früchte außer Bananen, undurchdringliche Wälder und Fieberbümpfe, aus denen giftige Miasmen aufsteigen, dazu die unheilbringende Tiefstille, die die Schlafkrankheit überträgt — das ist unser neuer Gebietszuwachs östlich und südlich von Kamerun. Nicht Unverständnis und Mißgunst sind es, die dieses Gebiet, das ein wahres Höllenland ist, derart geschildert haben. Ein Franzose, ein Begleiter de Brazzas, der 1905 jene große Expedition zur Erforschung des Landesinnern unternahm, die ihm das Leben kostete, hat dieses für die Kolonie vernichtende Urteil in einem Werk abgegeben, das die Ergebnisse jener Reise enthält und den Titel „Le Congo Français“ führt. Félix de Challange, so heißt der Autor, hat mit offenem Blick die mühsame Expedition mitgemacht, hat gesehen, wie das Land infolge der grenzenlosen Mißwirtschaft der Kautschukgesellschaften ausgebeutet, verwüstet, ruiniert wird. Er hat gesehen, wie die nur spärlich über das Riesengebiet verstreuten Eingeborenen in der unmenschlichsten Weise mißhandelt, ja, verstümmelt wurden, wenn sie nicht das genügende Quantum Kautschuk abliefern; er hat auch gesehen, wie diese Schwärze, die auf der niedrigsten Stufe aller Regnerassen stehen, in ihrer Verarmung der angeborenen Wildheit die Fügel schreien ließen, die Weihen in Häusern abschladeten, sie verprügelten — denn sie alle sind Kannibalen — und, ein gräßliches, aber treffendes Symbol, die Hirnschalen der Gemordeten mit Stügelchen von Kautschuk füllten. Kautschuk, und zwar Vianenkautschuk, bildet überhaupt den einzigen Reichtum des Landes; aber auch er muß bei dem seit fast zwei Jahrzehnten schwandlos betriebenen Aneubau einmal ein Ende nehmen, und als Ackerbau hat Französisch-Kongo für unabsehbare Zeiten keine Zukunft. Die Schlafkrankheit haust fürchterlicher als irgendwo in Äquatorialafrika; jede Viehhaltung macht sie unmöglich; so gibt es auch weder Antilopen noch wilde Antilopen; höchstens, daß gelegentlich noch Büffel vorkommen. Im übrigen besteht die Fauna des Landes aus Leoparden, Wildschweinen, Krokodilen und Flusspferden. Die Schlafkrankheit in einzelnen Gegenden von tropischer Uppigkeit; Genießbares aber bringt der Boden, wie schon gesagt, kaum hervor. Spärliche Kolosspalmen von geringem Werte sind sehr dürftig vertreten, und die Eingeborenen züchten, um ihr Leben zu fristen, mit Mühe Bananen, Maniok, Hirse und Mais.

Früher belief das Land, besonders der an Kamerun grenzende, jetzt deutsch gewordene Teil, viel Menschen. Aber die rücksichtslose Verfolgung der Elefantenherden hat diese zum Teil ausgerottet, teils in die unzugänglichsten Gebiete vertrieben. Einige europäische Faktoreien betreiben auch Plantagenbau, und neben Kaffee, Kakao und Vanille wird aus Zunderrohr gebaut. Aber dieser Plantagenbau ist dürftig, unbedeutend und durch den Mangel an schwarzen Arbeitern sehr erschwert. Man hat früher auch versucht, Holz zu exportieren; aber der Mangel an Wegen und die Schwierigkeit der Schifffahrt haben dazu geführt, daß der Versuch als unlohnend wieder aufgegeben werden mußte. Sowohl der Kongo wie der Sangha

Solange die Kraft der Arbeiterklasse nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszurotten, kann sie ihre Lage nur durch die Kräftigung ihrer wirtschaftlichen Organisation verbessern. Die Arbeiterklasse muß die Konsumgenossenschaften stärken, damit ihr Einfluß auf die Warenpreise wachse. Die Arbeiterklasse muß ihre Gewerkschaften kräftigen, damit sie stark genug werden, die Höhe der Arbeitslöhne der verringerten Kaufkraft des Geldes anzupassen. In den Lohnkämpfen, zu denen die Teuerung unvermeidlich führen muß, wird die Arbeiterklasse auf den erbitterten Widerstand des in den Unternehmerverbänden organisierten Kapitals stoßen. Nur starke Organisationen des Proletariats werden die Kraft des organisierten Kapitals zu brechen vermögen. Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und alle Organisationen der Partei, ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Ausbeutung und Kräftigung der Gewerkschaften zu stellen.“

Nachmittagsitzung.

Der zweite Referent, der Abg. Genosse Reumann-Wien, meint, daß die ostentative Betonung, daß die Teuerung mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden sei, deplaziert sei. Er bespricht eingehend die Grundwertsteigerung, die den Gemeinden zu danken ist, an der aber die Gemeinden gar keinen Anteil beanspruchen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte führt Dr. Ellenbogen aus, daß doch auch in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Abhilfemaßregeln möglich und erreichbar sind. Wir müssen gesetzgeberisch den Kartellen an den Leib rücken. Es wäre doch schon viel, wenn die Kartelle z. B. verpflichtet würden, die Arbeitslosenversicherung zu übernehmen für die Arbeiter der von den Kartellen aufgelassenen Werke.

Abg. Dr. Renner stimmt Reumann zu. Einer Bemerkung Ellenbogens ist zu entgegen, daß sich 1917 schon Agrarier und Industrielle für ihre Zölle zusammensuchen werden. Die „Konsumgenossenschaft“, die an ein Zusammengehen aller Konsumenten ohne Klassenunterschiede glaubt, kann in letzter Linie doch nur zu kleineren parlamentarischen Erfolgen führen. Unter der „direkten Aktion“ können wir nur verstehen die organisierte Selbsthilfe des Proletariats. Die Eruptionen vom 17. September lehren uns, daß die neu in die Partei gekommenen so belehrt werden müssen, daß sie die kleinbürgerlich-anarchistischen Revolutionsmethoden sein lassen. Der Redner tritt energisch für die so notwendige Ausbreitung der viel zu geringen Konsumgenossenschaft ein. Wir Genossenschaftler bitten, in der Resolution stärker für die Genossenschaften einzutreten.

Filzer-Althöbel, ein Tiroler Bauer, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wird, schildert in ausgereicherter, klarer Rede, wie nur wenige Großbauern etwas von der Teuerung haben. Die Bodenkultur ist fürchtbar rückständig; sonst müßte der Boden das Doppelte bringen. Die Herrschenden sind rötlos und lassen das Volk rötlos, darum wird der Sozialismus immer stärker. Er wird siegen. (Stürmischer Beifall.)

Preukler-Salzburg schildert die erregte Stimmung der Massen, die zu der Parole kommen: Drauf- und Loshauen!

Wilhelm-Wien (Zentralsekretär der Konsumgenossenschaften): Es soll nächstens eine Verbeirung für die Ausbreitung der Genossenschaften unternommen werden.

In seinem Schlusswort paßt Bauer seine Resolution dem Antrag Renner an. Wenn ich wenig von gesetzgeberischer Bekämpfung der Kartelle erwarte, so wegen unserer bisherigen Erfahrungen mit der Bekämpfung der Kartelle. Auf die Bürgerlichen kann nur der große Optimismus des Obmannes des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses (Ellenbogen) hoffen. (Weiterkeit.) Unsere Aktion habe ich in keiner Weise kritisiert. Die sozialistische Wahrheit aber muß immer wieder gesagt werden, denn die Lügen der Gegner, die Irreführung der Arbeiter werden auch immer wiederholt. (Sehr wahr!) Gefährliche Illusion wäre es, zu glauben, daß mehr als begrenzte Reformen, die natürlich mit aller Kraft angestrebt werden müssen, von dieser Gesellschaftsordnung zu erreichen sind, deren Todsünde wir bleiben. (Großer Beifall.)

Die Resolution wird in der abgeänderten Form angenommen.

Ein Antrag, das Referat Bauers zu erweitern und als Broschüre zu verbreiten, wird der Parteivertretung überwiesen.

Der obligatorische Wahlfondsbeitrag.

Referent ist Abg. David-Wien. Er begründet folgenden

und der Ubanghi sind reich an Stromschnellen, und so gewaltig diese Ströme auch sind — eine nutzbringende Schifffahrt ist durch die Schnellen außerordentlich erschwert.

Das Reupfer. Die Bezeichnung Pferdestärke (P. S.) ist infolge der Verbreitung der Kraftmaschinen allgemein bekannt. Man versteht darunter die Leistung von 75 Meterkilogramm in der Sekunde. Das ist freilich bei weitem mehr, als ein Pferd dauernd zu leisten vermag. Deshalb man dem Pferde eine so hohe Leistung zuschreibt und diese Pferdestärke als Einheit bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Maschinen zugrunde legt, hat in ökonomischen Erwägungen seinen Grund. Seinerzeit stand man beinahe ausschließlich der Einföhrung von Kraftmaschinen in die Landwirtschaft und in den Straßenverkehr äußerst skeptisch gegenüber. Und es hätte sich wohl nicht mancher gefunden, der eine Maschine von 3 P. S. gekauft hätte, wenn sie nur das leistete, was drei Pferde leisten. Da aber bei der übergroßen Annahme der Pferdestärke eine Maschine von 3 P. S. ganz bedeutend mehr leistet als drei Pferde dauernd leisten können, so wurde auf diese raffinierte Weise mancher Skeptiker zu einem Kauf bewegt. Nun soll der P. S. das Todesurteil gesprochen werden. In der Elektrotechnik bedient man sich als Leistungseinheit des Kilowatts (100 Meterkilogramm in der Sekunde). Da die Elektrotechnik einen ganz hervorragenden Aufschwung genommen hat und wohl auch, weil das Kilowatt besser in unser Dezimalsystem hineinpaßt, will man das Kilowatt als Universalheitseinheit erklären, dem man aber aus Pietät gegenüber der alten Pferdestärke, den seltsamen Namen „Reupfer“ mit der Abkürzung N. P. geben will.

Der erste transatlantische Dampfer. Wenn man den gegenwärtigen, riesenhafte zu nennenden Weltverkehr zur See betrachtet, so wird es einem schwer, zu glauben, daß der erste von Amerika nach Europa fahrende Personendampfer die Reise ohne — Passagiere machen mußte. Und doch verhielt es sich so. Vor jetzt fast hundert Jahren ließ der amerikanische Schiffredner Scarborough eines Tages an den Stadtmauern von New York folgende Anündigung anschlagen:

„Der Steamet „Sabannah“ unter dem Befehl des Kapitäns Roger wird pünktlich nach Liverpool abfahren am 20. Mai 1819. Die Passagiere, falls sich solche einstellen sollten, können sicher sein, allen erdenklichen Komfort zu finden. Auskunft an Bord. Es stehen zur Verfügung: zwei prächtige Kabinen, eine für Damen, eine für Herren, sowie 22 elegante Einzelbetten.“

Die „Sabannah“, ein Segelschiff, das zum Dampfer umgebaut worden war, wurde zwar im Hafen mit der nötigen Reugier angefaßt, aber Vertrauen brachte man ihr nicht entgegen. Und wie die Fahrt bewies, mit Recht. Der famose Ozeandampfer brachte nämlich einen vollen Monat für die Ueberfahrt von New York nach Liverpool. Unterwegs gingen ihm natürlich die Kohlen aus, und hätte er nicht eine Meeresvetzklage zum Segeln behalten, so wäre der „Dampfer“ wohl überhaupt nie in Europa angelangt. Um das Mißgeschick voll zu machen, erregte er unterwegs den Verdacht der auf der Ostsee kreuzenden englischen Flotte, deren Offiziere der irrigen Meinung waren, daß das neue Schiff den Versuch machen wolle, Napoleon auf St. Helena zu befreien. Erst nach mehrtägiger Verfolgung von seiten der englischen Kreuzer

Antrag der Antragsprüfungs-Kommission, die sehr schwere Arbeit hatte:

1. Zum Zwecke der Schaffung eines Wahlfonds sind obligatorisch einzuheden:

- a) Von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisationen 2 Heller wöchentlich;
b) Von denen aller anderen Organisationen 8 Heller monatlich.

Von diesem Beiträge ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern.

Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der bisherigen Wochen- und Monatsmarke quittiert.

Dieser Beschluß tritt spätestens am 1. Juli 1912 in Kraft.

2. Durch vorstehenden Beschluß werden etwaige in den Bezirken oder Ländern bereits eingeführte Wahlfondsbeiträge nicht aufgehoben. Desgleichen haben die Landes- oder Bezirksorganisationen das Recht, wo es die Verhältnisse erfordern, auch einen höheren Wahlfondsbeitrag einzuheden.

3. Die Beitragsleistungen der weiblichen Parteimitglieder soll vom Frauen-Reichs Komitee im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung und der einzelnen Landesorganisationen in analoger Weise geregelt werden.

In der Debatte sprechen nur Schlagel-Deoben und Schwager-Wien, und zwar gegen den Antrag. Schwager stellt den Antrag, die Sache noch einmal an die Landesparteivertretungen zurückzuverweisen. Dieser Antrag wird nach dem Schlusswort Davids abgelehnt. Der Kommissionsantrag wird mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Die Wehrreform

referiert Genosse Hugo Schulz-Wien, Redakteur der „Arbeiterztg.“: Er vertreibt darauf, daß schon 1903 Adler zur großen Verwunderung des Parteitages erklärt hat, der Militarismus sei, bei all unserer prinzipiellen, unerbittlichen Gegnerschaft, doch eine Schule, ja selbst eine Organisation des Volkes. Die der Kapitalismus arbeitet auch der Militarismus für uns, erzieht er doch das Volk zur Wehrhaftigkeit für demokratische Gemeinwesen. Der Militarismus spürt sehr wohl, daß ihn das „Gift“ der allgemeinen Wehrpflicht von innen heraus zu demokratisieren droht. Die Abrüstung kann, wie der Jarrismus bewiesen hat, sehr reaktionären Inhalt haben; unsere Volkswehrforderung dagegen ist Aufrüstung und sie sichert dabei den Weltfrieden viel wirksamer, als der „friedensfreundliche“ Promilitarismus. Unser Streben nach Rüstung will die Waffengewalt dem Volke wieder erobern, von der es der Kapitalismus ebenso getrennt hat wie von den Produktionsmitteln. Die der Arbeiter zum Bedienungsmann an der Waffe wurde, so auch der Soldat. Wir wollen ihn zum Herrn der Waffe machen, auf der Grundlage der vollkommensten Technik. (Bravo!) In allen Feldzügen des letzten Jahrhunderts hat stets die Arme gesiegt, die der Rüstung um einen Schritt näher stand. Das gilt sogar, so paradox es erscheint, von Preußen 1866 und 1870. Der Moment muß kommen, wo das Volkswehr die Gitterstäbe des Käfigs sprengt. Bewiß — keinen Mann und keinen Groschen! Aber auch Förderung des Demokratisierungsprozesses in der Arme, stets wieder dahingehende Forderungen stellen, wenn die Militärverwaltung Neues fordert. Es ist möglich, die Lasten des Volkes zu mildern, den feudalen Geist zu demütigen, ohne die Schlagfertigkeit des Heeres herabzusetzen. Im Augenblick ist unsere Forderung keine Wehrbelastung, allgemeine gleiche zweijährige Dienstzeit, noch richtiger, vierzehnmönatige. Heranziehung aller Wehrfähigen, nicht nur des Kontingents. Der Wehrreformentwurf des Kriegsministers v. Schön-aich ist eminent volksfeindlich. Gerade Oesterreich-Ungarn müßte in seinem wirklichen Großmachtsinteresse das Heer demokratisieren. Die Rüstung ist unserer Körpergröße, nicht aber unserem Geldbeutel angepaßt. Die Schweiz ist so starklich wie ein Nagel, obgleich sie nur aus „Ersparereserven“ besteht. Die L. u. L. Militärverwaltung müßt dem Parlament mit ihrer Vorlage das Verwegenste u. Goldbarren fordern, die Wäpserle einer unglücklich eingeschränkten zweijährigen Dienstzeit will sie geben. 41 Millionen soll das Volk neu aufbringen, auf die Ersparereservebegünstigung verzichten und das Rekrutenkontingent so erhöhen, daß sich das Heer um 50 000 Mann gemehet. Die reitenden Truppen sollen drei Jahre weiterdienen usw. Volksfeindliche Bestimmungen über den Unteroffiziersbesatz, ein großer Nebenprodukt der Kriegswirtschaft, die man zu dunklen Zwecken braucht, das ist der Inhalt der Vorlage — und keine

konnte die „Sabannah“ ungeführt ihren Weg fortsetzen, um schließlich zum erstenmal den Weidloch zu erbringen, daß man tatsächlich mit Hilfe von Kohlen und — Leinwand den Atlantischen Ozean überqueren könne.

Humor und Satire.

Herzliches Weileid!

Et sieh mal an: bei diesen Wahlen da fielen unsre Liberalen nicht wenig sanft auf den Popo — selbst Rosenow! selbst Rosenow! Mein Gott! wie sich die Zeiten wandeln! Wer wird im roten Haus jetzt handeln! (Kug, wie ein Wörsenpehlant!) — und wo bleibt Kinzig Haberland? — „Die Politik trübt den Charakter.“ so sagt ein kluger, ganz Vertrauter. Und ob er auch die Wahrheit spricht — bei diesen nicht! bei diesen nicht! Indem: sie hatten nämlich keinen! — Noch einmal leises Abschiedsweinen, ein sehnsuchtsvoller Blick zurück... Hallo! — jetzt kommt ein neues Stild!

Kurt.

Notizen.

— Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus bestand am Sonnabend „Der Kaufmann von Venedig“ eine Belastungsprobe. Natürlich gelang dem neuen Ensemble, das sich noch nicht eingepaßt hat, so manches nicht. Aber die Absicht war loblich, und vor allem hat Rudolf Lettinger als Schloch eine fast zu groß geratene tragische Leistung.

— Eine Warnung vor dem „Rosenkavalier“ erlaubt das königliche Opernhaus, indem es die unsinnigen Preise und die noch ungünstigeren Bedingungen für Erlangung von Plätzen zur Erstaufführung am 14. November bekannt gibt. Der Vorverkauf beginnt am 12. November 10 1/2 Uhr vormittags an Kaffe 3, wo auch für alle bis 20. d. M. stattfindenden Wiederholungen die Karten ausgegeben werden.

— Ein Ferkelordenmal, das Freidenker aller Länder stifteten, wurde in Brüssel enthüllt.

— Herr Kahler wird ausgeschifft? In der Nordd. Allgem. Ztg. liest man: „Den schwersten Gedanken, die in der Künstlerkraft und auch in der Presse gegen das Bauprojekt (eines neuen Landesausstellungsgebäudes durch Herrn Kahler) geäußert worden sind, läßt sich die Berechtigung nicht abstreiten. Wohl erkennen die Künstler sehr gut die Vorteile, die ein neues massives Gebäude bringen würde, aber sie sind verletzt durch die Art, wie über ihre Köpfe hinweg über ihre eigenen Angelegenheiten gehandelt wird. Da, wie wir hören, die Regierung noch nicht entschlossen ist, gegen den Willen der Künstler die Kaiserlichen Pläne für das neue Ausstellungsgebäude durchzuführen, so sollte sich eine Einigung doch wohl finden lassen.“

Militärjustizreform, die auch nur den geringsten Forderungen entspricht. Der Referent beantragt folgende

Resolution:

Die Sozialdemokratie verhält sich gegen alle Forderungen des Militarismus prinzipiell ablehnend und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es gegenüber einem Wehrsystem, welches lediglich als ein Machtmittel der herrschenden Klassen funktioniert und in seiner Abhängigkeit von dynastischen und imperialistischen Einflüssen eine feste Gefahr für den Weltfrieden bildet, keine andere Politik geben kann, als die der unerschütterlichen, jeden Mann und jeden Großen verteidigenden Opposition.

Eine parlamentarische Mitarbeit an Wehrreformen kann es daher für die sozialdemokratische Fraktion nur in dem Sinne geben, als die Möglichkeit besteht, einerseits die Militärlasten der Bevölkerung zu erleichtern und andererseits die Vorbedingungen für eine allmähliche Umwandlung des stehenden militärischen Heeres in eine demokratische Wehrgenossenschaft, in eine Volksmiliz, zu schaffen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat demgemäß mit aller Energie für eine ausgiebige und für alle in gleicher Weise geltende Verkürzung der Aktivdienstzeit — zunächst auf zwei Jahre, im weiteren Verlaufe auf vierzehn Monate — bei gleichzeitiger Aufhebung aller Begünstigungen, mit Ausnahme derer, die bestgehenden Familienerhalter zugehen können, wie auch für die gezielte Gleichstellung der Soldaten mit den anderen Staatsbürgern, unter Abschaffung jeder Sondergerichtsbarkeit, einzutreten.

In Erwägung, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zur Reform des Wehrgesetzes eine ungeheure Mehrbelastung der Bevölkerung anstrebt;

in fernerer Erwägung, daß der statt der einheitlichen zweijährigen Dienstzeit gebotene trügerische Schein einer Dienstzeitverkürzung nicht nur keinerlei Kompensationen bietet, sondern bloß einen Zustand schafft, der die Härten der Militärdienstpflicht, zumal für die Arbeiterklasse, noch unerträglich machen dürfte;

in weiterer Erwägung, daß diese Reformvorlagen auch schwere finanzielle Mehrbelastungen vorsehen, die ohne Rücksicht auf die akute wirtschaftliche Verdrängnis der Bevölkerung aufgebürdet werden sollen;

in weiterer Erwägung, daß diese Vorlagen bei noch größerer Berücksichtigung der Interessen des Völkertums jede soziale Einsicht gegenüber dem Proletariat vermissen lassen;

in schließlicher Erwägung, daß demnach die von der Regierung beabsichtigte Reform der Wehrorganisation in jeder Hinsicht einen Rückschritt darstellt, erklärt der Parteitag, daß diese Vorlagen in der entschiedensten Weise zu bekämpfen sind, daß aber zugleich mit nicht geringerer Entschiedenheit der Kampf um die bedingungslose Verkürzung der Aktivdienstzeit auf zwei Jahre ohne Verzögerung des Friedenspräsenzstandes zu führen ist.

Der Parteitag fordert nachdrücklich die Abschaffung der gesonderten Militärgerichtsbarkeit und die Unterstellung aller Staatsbürger, ob sie Soldaten sind oder nicht, unter dasselbe Recht und unter dieselben Gerichte. Er verurteilt den von der Regierung vorgelegten Entwurf einer neuen Militärstrafprozessordnung, um so mehr, als er ein Dohn auf die Grundzüge der Unabhängigkeit der Gerichte und der Öffentlichkeit des Verfahrens ist und sogar eine von der Günst der Regierung unabhängige Verteidigung ausschließt.

Der Redner schließt mit einem Hinweis auf den Zustand der Albanen, dessen Beweggrund die Abneigung gegen den Kriegerdienst war. Wir bekämpfen den Militarismus, weil wir eine kriegerische Klasse sind. Nicht die Waffen nieder, sondern die Waffen her! Die Miliz wird die Diktatur des Proletariats sein. (Beifälliger Beifall.)

Telegramme zur Begrüßung senden die Redaktion des „Przedowit“ in Krakau und die serbische Sozialdemokratie.

In der Debatte über die Wehrreform führt Abg. Schumacher-Wien aus, daß die bürgerlichen Parteien nicht mehr widerstandslos den militärischen Forderungen gegenüberstehen. Sie haben manche unserer Forderungen in ihre Punktionen aufgenommen. Die bürgerlichen Abgeordneten müssen für uneingeschränkte zweijährige Dienstzeit eintreten.

Die Resolution Schütz wird einstimmig angenommen.

Verchiedenes.

Abg. Starck-Wien empfiehlt, den Antrag Wien VII (Rebau), gegen die Kempterhäufung und Kumulierung von Mandaten, obgleich dies nicht gelte, der Parteiberatung zu überweisen. — Gisinger-Wien: Der Antrag soll ja vorbeugend wirken. — Dr. Adler: Es kann nötig werden, eine Beziehung zwischen den Parteiberatungen in verschiedenen Körperschaften herzustellen. Kempterkumulierung heißt ja nicht Anhäufung von Arbeit, sondern von Macht und Geld. Bei uns bedeutet jedes Parteimand mehr Arbeit als bei anderen Parteien. Von Kempterhäufung kann bei uns gar keine Rede sein. Wir müssen immer den ausfinden, der den Einfluß der Partei in Vertretungskörperschaften am besten ausübt, die Arbeit am besten leisten kann. (Beifall.)

Der Antrag wird überwiesen. Ein Antrag Seliger, Kleinbauern aus allen Ländern zur Vorarbeit für eine Organisation einzuberufen und im Zweifelsfall „Das Volk“ dafür zu wirken, wird angenommen. Ein Antrag auf Förderung der Arbeiter-Radsportvereine wird angenommen; ein Antrag, den nächsten Parteitag in Karlsbad abzuhalten, wird überwiesen.

Protest gegen den Krieg.

Es wird beschlossen, die vom Internationalen Bureau beschlossene Manifestation gegen den Krieg durch einen feierlichen Protest gegen das treulose Vorgehen der italienischen Regierung und gegen ihren Raubzug zu unterstützen. Eine scharfe Resolution in diesem Sinne wird angenommen und den italienischen Proletariaten Brudergriß entboten und erklärt, daß Österreich-Ungarn auf dem Balkan nichts zu suchen hat. (Stürmischer Beifall.)

Vors. Abg. Abram dankt herzlich für die Abhaltung des Parteitages in Innsbruck, der auch der Bewegung sehr viel genügt hat, namentlich auch in Anbetracht der zuwandernden Arbeiter. „Da kommt der Fabrikant mit dem D-Bug und der Anzug und Frise kommt, weil er kein Geld hat, mit dem Klotensack anseits.“ Über hier wird er unter Genosse. (Großer Beifall.) — Schützmeier dankt herzlich dem Präsidium. (Stürmischer Beifall.)

In seiner Schlussrede würdigt Bernerstorfer in eindringlichen Worten die bedeutenden Arbeiten des Kongresses, dankt den Innsbrückern allen unter großem Applaus für ihre Herzlichkeit und Arbeit. Er schließt mit einem widerhallenden dreifachen Hoch auf die Partei und die Internationale. Der Parteitag erhebt sich und singt begeistert das Lied der Arbeit.

Zum Vereinsrecht.

1. Aufgehobenes Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel. Der Arbeitsekretär R. Karuga vom polnischen Berufsverein hatte zum 12. Juni 1910 nach dem Grundstud des Besizers B. eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel einberufen. Der Amtsvorsteher von Birkenhain, wo auch der Versammlungsort liegt, verweigerte die polizeiliche Genehmigung, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. R. selber habe die Zahl der voraussichtlichen Besucher auf 400 bis 600 angegeben. Wenn nun das Grundstud auch lang genug sei, so wäre es doch nur 13 Meter breit. Die Versammlungsbesucher gruppierten sich meist um den Redner. Wegen der geringen Breite würden eine Anzahl Besucher auf die daneben liegenden Felder gedrängt werden und der Saatenstand würde beschädigt werden. Auch herrschten im Ort gespannte politische Verhältnisse. Der Bezirksauschuh in Oppeln als Berufungsinstantz wies die von Karuga erhobene Klage ab und führte aus: Ein Streik, der im Laufe des Verfahrens noch für das Verbot herangezogen

worden sei, habe auf das Gebiet von Birkenhain nicht übergriffen. Er scheide deshalb ohne weiteres aus. Aber der Versammlungsort müsse mit dem Amtsvorsteher als ungeeignet erachtet werden, weil er zu schmal sei und Leute auf die anstehenden Felder gedrängt werden könnten.

Das Oberverwaltungsgericht gab am Freitag der hiergegen gerichteten Revision R. Karuga, daß die Borenscheidungen auf und erklärte gleich das Verbot für ungerechtfertigt. Die Verbotsverfügung wurde außer Kraft gesetzt. Die Gründe gingen dahin: Der Bezirksauschuh gehe von einem Irrtum aus, indem er den Platz für zu klein erkläre, mit der Möglichkeit des Uebertritts auf fremde Grundstücke rechne und daraus eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne des § 7 des Vereinsgesetzes herleite. In dieser Auslegung des Begriffs einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit habe der Senat dem Bezirksauschuh nicht folgen können. Daß der Platz für die zu erwartende Besucherzahl genügt hätte, siehe fest, wenn er auch nicht besonders breit gewesen sei. Selbst wenn es hätte vorkommen können, daß ein Uebertritt auf fremde Grundstücke erfolgte, so würde allein darin eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit auch nicht erblickt werden können. Es müßten gerade besondere Umstände geltend gemacht werden können, daß sie bei dem Uebertritt zu einer Gefährdung für die öffentliche Sicherheit führen könnten. Das sei nicht geschehen. Wegen der irrigen Auslegung des Begriffs der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit müsse die Borenscheidung aufgehoben werden.

Bei der nunmehr dem Senat zustehenden freien Beurteilung könne es hier einen Grund, die Versammlung zu verbieten, nicht finden. Somit sei das Verbot gleich außer Kraft zu setzen.

2. Eigenartiger Verbotsgrund. Die Polen im Amtsbezirk Schomberg (Oberschlesien) wollten am 14. August 1910, nachmittags 4 Uhr, in einem Garten eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten, in der Arbeiterangelegenheiten erörtert werden sollten. Einberufen war der Arbeitsekretär Karuga vom polnischen Berufsverein. Der Amtsvorsteher verweigerte die Genehmigung, weil eine Störung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. Besonders berief er sich auf eine sozialdemokratische Versammlung, die infolge von Störungen nicht habe zu Ende geführt werden können. Sie habe aufgelöst werden müssen, weil die Anhänger des jetzigen Klägers sie gestört hätten, so daß nur die Auflösung körperlichen Schädigungen der Gegner habe vorbeugen können.

Der Kreisauschuh wies die Klage Karuga gegen den Amtsvorsteher ab und der Bezirksauschuh bestätigte das Urteil mit folgender Begründung:

Es siehe fest, daß eine von sozialdemokratischer Seite zum 22. Mai 1910 einberufene Versammlung nicht habe abgehalten bzw. zu Ende geführt werden können, weil sie von ihren politischen Gegnern, zu denen auch der jetzige Kläger gehöre, gestört worden sei. Die Polen hätten damals geschrien: „Schmeißt doch die Schweine raus“ und dergleichen mehr. Nur durch die Auflösung habe eine Schlägerei verhindert werden können. Die Polen und Sozialdemokraten in Oberschlesien bekämpften sich dauernd. Dabei richtete sich ihr Bestreben darauf, die gegenseitigen Agitationsversammlungen zu stören und zu verhindern. So seien auch die Anhänger des Klägers in der sozialdemokratischen Versammlung vom 22. Mai 1910 erschienen, obwohl sie nicht eingeladen gewesen seien. Nachdem sie jene Versammlung gestört hätten, wäre zu befürchten gewesen, daß diesmal die Sozialdemokraten kommen und ihrerseits die von polnischer Seite einberufene Versammlung zu stören versuchen würden. Dabei wäre dann mit der Wahrscheinlichkeit einer Schlägerei und einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu rechnen gewesen. Deshalb sei das Verbot berechtigt.

Das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz bestätigte am Freitag das Urteil, indem es kurz ausführte, es habe nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Bezirksauschuh hier bei der Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse rechtlich geirrt habe. Infolgedessen könne der Senat nicht der Revision stattgeben und nicht die Borenscheidung aufheben.

Das Oberverwaltungsgericht ist in diesem Fall, der unmittelbar vor der Klage über die Wandliger Auflösung entschieden wurde — über diese berichten wir am Sonnabend — noch über den Wandliger Fall hinausgegangen. Das Gesch. engt ausdrücklich ein Einschreiten der Polizei aus allgemeinen landespolizeilichen Gründen auf den Fall ein, daß eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Versammlungsteilnehmer bestehe. Nach dem Oberverwaltungsgericht würde es aber genügen, daß eine entfernte Möglichkeit für das Entstehen einer harmlosen Schlägerei bestehe. Das Oberverwaltungsgericht verlegt offensichtlich zugunsten der Versammlungsfreiheit diesen Grundsat. Auf die Rechtsfrage behalten wir uns vor einzugehen, wenn im Wandliger Fall das schriftliche Urteil bekannt werden wird.

Der Trost der Durchgefallenen.

Das Ergebnis der in Berlin vollzogenen Stadtverordnetenwahlen dritter Klasse, das der Sozialdemokratie neue glänzende Siege gebracht hat und für den Kommunalfreisinn geradezu vernichtend ist, wird von der bürgerlichen Presse mit mancherlei Kommentaren begleitet. Die Freisinnblätter suchen sich meist mit einem Verlegenheitsgestammel über das Eingeständnis der erlittenen Niederlage hinwegzuhelfen, während ein paar konservative Zeitungen lieblos dem geschundenen Kommunalfreisinn in seinem Schmerz verhöhnen.

Amüsant ist die Art, wie die „Vossische Zeitung“ versucht, sich mit dem niederschmetternden Mißerfolg ihres Partei abzufinden. Noch am Sonntag, dem Tage der Wahlen, hatte dieses Hauptorgan des Berliner Kommunalfreisinn, wie wir in unserer Montagsnummer hervorhoben, seinen Lesern erzählt, es bestie „für die Liberalen immerhin die Aussicht, sich in ihren sechs seitherigen Mandatsbezirken zu behaupten und ihren Besitzstand und ihre Stützkräfte, sei es durch Stimmengewinn, sei es durch Eroberung des einen oder anderen neuen Bezirks, zu mehren“. Am Montag aber klagte „Tante Voh“ plötzlich: „daß die Ansehung der Wahlen auf dem Sonntag in erster Linie den Sozialdemokraten zugute kommen würde, war vorauszuversagen“. Selbstverständlich ist es durchaus falsch, die bei diesen Stadtverordnetenwahlen erzielten bedeutenden Fortschritte der Sozialdemokratie lediglich dem „Sonntag“ zuzuschreiben. Ohne die wachsende Werbestärke unserer kommunalpolitischen Forderungen hätten keine Sonntagswahlen und so glänzende Erfolge bringen können, wie sie jetzt wieder der pflichttreuen Agitationsarbeit unserer Genossen beschiedener gewesen sind. Der Ausgang auch dieses Wahlkampfes zeigt — darüber kann kein Verdrängiger in Zweifel sein — wieder zum Greifen deutlich, daß der Liberalismus in der breiten Klasse der werktätigen Bevölkerung abgewirtschaftet hat.

Doch die „Vossische Zeitung“ macht den erheiterten Versuch, ihre Leser in den Glauben zu wiegen, das Wahlergebnis sei „ein Beweis, daß der liberale Gedanke noch keineswegs in der Abnahme begriffen ist“. Das Blatt erzählt, daß „die Liberalen in mehreren Wahlbezirken ihre Stimmengahl erhöht haben, so unter andern im 1., 2., 3., 4., 14. Bezirk“. Wir haben schon in unserer Montagsnummer gezeigt, daß eine Vergleichung der diesjährigen Wahlergebnisse mit Ergebnissen früherer Wahlen nicht gut — mindestens nicht nach Bezirken — möglich ist, weil die Neubegrenzung der Wahlbezirke zu einer weitgehenden Verschiebung der Bezirksgrenzen geführt hat. Die „Vossische Zeitung“ aber hat sich über die klaren Tatsachen hinweggesetzt und frisch darauf los verglichen. Das hat sie offenbar in der Weise getan, daß sie neben alte Wahlbezirke die vergrößerten neuen stellte, in denen diese alten teilweise oder ganz aufgegangen sind, und ohne Berücksichtigung der bedeutenden Zunahme der Wählerzahlen nur die Stimmengahlen des Freisinn verglich, woraus

sich dann der Schluß ergab, der Freisinn habe seine Stimmengahl „erhöht“. Das Organ des Kommunalfreisinn unterschätzt nur, hinzuweisen, daß die Erhöhung der Stimmengahl für die Sozialdemokratie sehr viel stärker war. Wollten wir das Verfahren der „Vossischen Zeitung“ mitmachen und nach Bezirken vergleichen, so wäre es und ein Leichtes, zu zeigen, daß bei Berücksichtigung des Bezirkszuwachses der Freisinn tatsächlich sehr übel abfchneidet.

Wir gönnen den Durchgefallenen ihren billigen Trost. Wenn der Freisinn durchaus sich über seine Stärke täuschen will, so sehen wir keinen Anlaß, ihn daran zu hindern. Mit demselben Schwall, wie die „Vossische Zeitung“ ihn ihren Lesern vorsetzt, möchte auch die „Freisinnige Zeitung“ die Niederlage bemängeln. Auch sie gibt dem Sonntag die Schuld, und auch sie glaubt andererseits hervorzuheben, daß „in mehreren Bezirken ein Anwachsen der freisinnigen Stimmen zu verzeichnen“ sei. Einfach köstlich! Das Blatt jammert weiter über angeblichen „Terrorismus“ der Sozialdemokratie, der die Geschäftsleute von der Wahl abgescreckt habe, und schimpft schließlich über „Verrat“ der Konservativen, von denen der Sozialdemokratie durch Stimmhaltung Vorwurf geleistet worden sei. „Perfide Taktik“ wirft auch die „Vossische Zeitung“ den Konservativen vor. Die „Kreuz-Zeitung“ antwortet ihr läßlich: „Man kann dem Schmerz der Liberalen viel zugute halten. Aber daß sie es als unsere patriotische Pflicht ansehen, freisinnige Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen, das ist Taktikfehler.“ Und dem Berliner Kommunalfreisinn reißt sie seine auf dem Dreiklassen-Gemeindevahlrecht beruhende Rathaus-herrschaft folgendermaßen unter die Nase: „Wir haben nie gesehen, daß die Mehrheit der dritten Klasse in Berlin nicht fort-schrittlich ist, und möchten fragen, wie sich die Fortdauer des fortschrittlichen Regiments in Berlin mit den fortschrittlichen Grundfragen verträgt? Es beruht auf konservativen Wahlgesehen. Das sollte der Fortschritt sich in dieser schmerzlichen Stunde einmal gründlich zu Herzen nehmen.“ Diebloßer noch äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“, die nach einer Schilderung des verzweifeltsten Ringens der Liberalen höhnend ausruft: „Das also ist die Stoßkraft des liberalen Gedankens!“

Dem „Trost“ der Durchgefallenen stellen wir die nüchterne Tatsache gegenüber, daß bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen dritter Klasse, wo in 17 beteiligten Bezirken 129 452 Wahlberechtigte vorhanden waren, die Sozialdemokratie es auf 48 534 Stimmen gebracht hat, während für den Liberalismus nur 11 200 Stimmen abgegeben wurden. Unsere Wähler waren diesmal bereits über 37 Prozent aller Wahlberechtigten und die Zahl der Stimmen für uns stieg auf 81 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Wenn man, wie es bei Stadtverordnetenwahlen dritter Klasse üblich ist, die vor 6 Jahren erzielten Anteilziffern zur Vergleichung heranzieht, so ergibt sich, daß damals noch nicht 28 Prozent der Wahlberechtigten für die Sozialdemokratie eintraten und erst 74 Prozent aller Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen.

Die Beteiligung an den Wahlen war übrigens mit nur 46 Prozent aller Wahlberechtigten keineswegs so stark, wie man es von der Verlegung auf den Sonntag hätte erwarten sollen. Dieses dem Magistrat endlich abgerungene Zugeständnis ist sicherlich nicht die Ursache der Niederlage des Kommunalfreisinn. Aber es hat gewiß manchem pflichttreuen Wähler aus der Arbeiterklasse die Beteiligung an der Wahl dadurch erleichtert, daß er nun nicht mehr seine Arbeit im Stich zu lassen und einen Teil seines Verdienstes opfern braucht, um seiner Wählspflicht zu genügen. Aber auf die Nichtwähler, die den Stadtverordnetenwahlen gleichgültig gegenüberstehen, hat die Möglichkeit, am Sonntag zu wählen, offenbar wenig Einfluß ausgeübt. Etwasigen Versuchen des Freisinn, die Sonntagswahlen wieder zu beseitigen, würden die Vertreter der Arbeiterklasse im Stadiparlament selbstverständlich den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Klasse haben in Berlin am Montag stattgefunden. Von einem „Kampf“ kann hier bekanntlich nicht die Rede sein; die zweite und die erste Klasse sind — auch das bleibt ein Trost! — für die Durchgefallenen der dritten Klasse — unbestrittener Besitz des Kommunalfreisinn. Für die vereinzelt Wähler der zweiten Klasse, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, war unser Genosse Stadtverordneter Hugo Heimann als Kandidat aufgestellt. Auf ihn entfielen in den 18 Bezirken der zweiten Klasse überhaupt 212 Stimmen, in manchen Bezirken nur 2, 3, 4, 5 Stimmen, in einigen anderen Bezirken aber bis zu 22, 24, 45, 46 Stimmen. Die 18 Freisinnskandidaten wurden gewählt mit Stimmengahlen, die zwischen 185 und 1080 schwankten. Wiedergewählt wurden die bisherigen Stadtverordneten Sonnenfeld, Kämpf, Hellriegel, Ruhlmann, Bamberg, Löser, Schmidt, Feuerstein, Meybring, Lohmann, Wikomski, Gronewald, Söfeland, Lentz. Zwei durch Tod freigewordene Mandate wurden durch Neuwahl an Bezirksvorsteher Geinze und Fabrikant Huff vergeben.

Die Stadtverordnetenwahlen erster Klasse finden am heutigen Dienstag statt. Zahlkandidat ist in allen Bezirken wieder Stadtverordneter Hugo Heimann.

Soziales.

Gegen die Zulassung der Ersafklaffen.

Der Beschluß der Reichsversicherungs-Kommission, die privaten Ersafeinrichtungen, besonders die Wert-pensionkassen nach den Vorschlägen der Regierung als vollgültige Ersafklaffen für die staatliche Pensionsversicherung zuzulassen, hat begreiflicherweise unter den Privatangestellten große Beunruhigung hervorgerufen. In dieser Frage sind sich bekanntlich alle Organisationen der Privatangestellten einig. „Hauptauschuh“ und „Freie Vereinigung“, die sonst in ihren Auffassungen über den Gesetzentwurf sehr weit auseinandergehen, haben die Beseitigung der Ersafeinrichtungen stets mit gleichem Nachdruck gefordert. Auf demselben Standpunkt steht der „Soziale Ausschuh von Vereinen technischer Privatangestellten“, der sich am Sonnabend in einer gutbesuchten Vertreterversammlung mit der Pensionsversicherungsfrage beschäftigt habe. Nach eingehenden Beratungen wurde beschlossen, als neutrale Instanz an die beiden vorerwähnten Körperschaften heranzutreten und sie unter Zurückstellung aller bestehenden Differenzen zur Veranstaltung einer gemeinsamen Protokollgebung in Berlin aufzufordern, die voraussichtlich schon in den nächsten Tagen stattfinden wird.

Konsumverein und Politik.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ kann es nicht unterlassen, der Ausdehnung der Konsumvereinsbewegung durch ihre Ausführungen nach Möglichkeit — natürlich unbewußt — entgegenzuwirken. In ihrer Nummer vom 4. d. M. sucht sie den von uns als erfreulich bezeichneten Beschluß der Frankfurter Konferenz über das Verhalten bei der Reichstagswahl nach Möglichkeit zu

lassen. Sie meint nach einigen hochfahrenden Ausfällen gegen die "Thüringer Zeitung" und die "Leipziger Volkszeitung" u. a., es sei die Verbreitung einer Fabel, wenn wir die Ansicht aussprechen, die Frankfurter Resolution bedeute "den ersten Schritt auf einer Bahn, die zu gehen sich früher führende Personen der Konsumgenossenschaften beherlich und ostentativ geweigert hätten". Die Redaktion des Organs des Zentralverbandes und der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hätten wir bei unserer Bemerkung freilich nicht im Auge. Ihr wird vielleicht auch dann noch nicht ein Licht darüber aufgehen, daß die moderne Konsumvereinsbewegung mit sozialer Gesinnung erfüllt sein muß, wenn die Generalversammlung Fraktur mit ihr gesprochen haben wird. Ist ihr noch immer nicht klar geworden, daß die Arbeiterklasse sich nicht die Ideen von Schulze-Delitzsch zurückführen läßt, so ist nicht zu verwundern, daß sie als ihre Aufgabe "Neutralität" gegenüber der Sozialdemokratie und die Parteinahme für die übrigen Parteien hält. Sie sollte dann aber wenigstens vermehren, Ansichten zu verbreiten, die der Ausbreitung jeder Konsumgenossenschaft abträglich sein müssen. So setzte sie kürzlich im "Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt" ohne Bemerkung einen Baufriseur gezeichneten Artikel vor, in dem der lapidare Satz vorkam: "Und je größer die Genossenschaft ist, desto schwieriger wird es jezt beim Einkauf." Glücklicherweise wissen die Arbeiter, daß das Gegenteil zutrifft: je größer die Genossenschaft, desto leichter und vorzuziehender ist der Einkauf. Deshalb darf es nicht in Verfolg der von dem "Volksblatt" gebilligten Ansicht heißen: je kleiner der Konsumverein, desto besser, sondern: je größer der Konsumverein, desto mehr kann er leisten. Trotz der unqualifizierbaren Redaktion der "Aundschau" und des "Volksblattes" raten wir dringend zum Beitritt in die Konsumgenossenschaften und zur Durchdringung derselben mit sozialistischem Geist. Die Genossenschaft demokratisch organisiert, der Wille der Mitglieder, ihr Verlangen nach Durchdringung der Genossenschaften mit sozialistischem Geist setzt sich auch an den Orten durch, wo vielleicht noch "Aundschau" ansieht in einigen Spalten mögen.

#### Rückstattung von Versicherungsbeiträgen.

Die durch Fassung des Art. 76 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung entstandene Streitfrage, ob ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der Beiträge, die für weibliche Personen vor Eingehung der Ehe geleistet sind, auch für die Zeit vom 1. August 1911 bis 1. Januar 1912 besteht, hat das Reichsversicherungsamt bejaht. Es können demnach Anträge auf Beitragsrückstellungen wegen Eheschließung, falls mindestens 200 Beiträge vor Abschluß der Ehe für die Ehefrau geleistet waren, noch bis zum 31. Dezember gestellt werden. Der Anspruch auf Erstattung nach dieser Zeit ist den Ehefrauen auch nach Ansicht des Reichsversicherungsamtes durch die Reichsversicherungsordnung genommen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Angeblieh sollen alle agrarischen Maßnahmen dem Schutze der Landwirtschaft dienen. Schutzzölle und Preisstrebereien fördern aber ebensowenig das Interesse aller in der Landwirtschaft tätigen Personen wie die Ausschüttung einer Bilanzdividende ein Glück für die in der betreffenden Industrie beschäftigten Arbeiter bedeutet. Die künstliche Verteuerung der Agrarprodukte kommt nicht den Landproletariats, auch nicht den Pächtern und kleinen Besitzern zugute, den erhöhten Profit schließt der Grundrentennahmer. Mit der Verteuerung der Produkte sinken auch die Güterpreise und die Pachten hinauf. In welchem Maße, das illustriert die Veränderung in den hypothekarischen Belastungen. Die Neueintragen nach Abzug der Abschreibungen ergaben in den Jahren 1904/10 407, 400, 515, 558, 684, 664 Millionen Mark. In fünf Jahren sind demnach die Lasten um 257 Millionen Mark gestiegen. Bei nur 3 Proz. mehr als schon 7,7 Millionen Mark Zinsen pro Jahr. Die wirklichen Produzenten haben von den Bösen keinen Vorteil!

### Billige Seefische.

Der Schrei nach billigen Lebensmitteln hat bereits einige Städte veranlaßt, den Seefischhandel im großen zu organisieren. Hoffentlich trägt das zu einer Erweiterung des Fischfangs und zu einer Verbilligung der Ware bei. In den letzten Jahren ist der Durchschnittspreis für Fische ziemlich stabil geblieben. Im ganzen Jahre 1908 wurden 9,8 Millionen Kilogramm Fische gefangen, der Gesamtwert betrug 21,8 Millionen Mark oder im Durchschnitt 0,22 Mark pro Kilogramm. Die Fänge in den ersten 9 Monaten 1910 ergaben 7 1/2 Millionen Kilogramm im Werte von 17,4 Millionen Mark; in derselben Zeit des laufenden Jahres wurden fast 7,6 Millionen Kilogramm gefangen, die einen Wert von 17 1/2 Millionen Mark repräsentieren! Der Einzelwert betrug in den beiden Jahren 0,23 Mark. Er ist demnach um eine Kleinigkeit gestiegen. In diesem Jahre war der Fang von Heringen besonders erfolgreich, wurden doch 3 999 009 Kilogramm heringgebracht gegen nur 2 728 287 Kilogramm im Vorjahre. Da gleichzeitig der Gesamtwert nur von 421 832 auf 459 608 Mark stieg, ist eine Ermäßigung des Heringpreises von 0,154 Mark auf 0,115 Mark zu konstatieren. Im Kleinhandel kommt diese Verbilligung nicht zum Ausdruck! Es scheint das auf die Politik der Gesellschaften zurückzuführen zu sein, die sich mit dem Verarbeiten der Fische beschäftigen. Trotz der reichen Ergebnisse beim Heringfang haben sie die Einzelstellung eingeschärft. In der verbleibenden Zeit des Vorjahres sind 809 477 Kantonies im Werte von 6 251 529 Salzheringe produziert worden, in diesem Jahre nur 243 924 Kantonies im Werte von 5 008 051 Mark. Demnach liegt der Einzelwert von 20,20 Mark auf 20,89 Mark, während der Wert frischen Heringe um 25 Proz. gesunken ist. Durch solche Praktiken wird der Fischkonsum nicht gefördert!

### Die Obst- und Gemüsesteuerung.

Infolge des in den meisten Teilen Deutschlands sehr mäßigen Ertrages der Obst- und Gemüseernte ist das Angebot an den Fruchtmärkten so gering, daß weite Schichten der Bevölkerung den Konsum von Gemüse stark einschränken und auf den Genuß von Obst fast ganz verzichten müssen. Während im Herbst 1910 überall Äpfel und Birnen außerordentlich reichlich zu Markte gebracht wurden, ist das Angebot — nach den Berichten des Deutschen Pomologen Vereins — fast durchweg sehr gering. Da das Obst infolge des heißen Sommers früher zur Reife gekommen ist, ziehen die Preise schon merklich an. Gute Tafeläpfel werden im Kleinhandel meist mit 20 Pf., an einigen Orten sogar mit 40 Pf. pro Pfund bezahlt. Au für geringere Sorten sind die Preise um 8—12 Pf. höher als im Vorjahre. Birnen sind nicht so stark gestiegen. Es wurden für bessere inländische Sorten 20 bis 30 Pf. für geringere 15 bis 20 Pf. gefordert. Weintrauben waren meist etwas billiger als im Vorjahre. Blumenkohl kostete bis zu 70 Pf., während im Vorjahre nur vereinzelt mehr als 25 Pf. gezahlt wurden. Auch Kohlrabi und Weißkohl sind bei vermindertem Angebot erheblich im Preise gestiegen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Gemüse meist auch qualitativ unter dem Niveau früherer Jahre bleibt. Zwiebeln, die im Vorjahre 8—10 Pf. kosteten, werden heute mit 12 bis 15 Pf. bezahlt. Die Preise für Sellerie schwanken zwischen 10 bis 15 Pf. pro Stück. Im Vorjahre stellten sich der Preis auf 5 bis 10 Pf.

## Aus der Frauenbewegung.

Mit der Organisation des Haltekinderwesens in Preußen — namentlich soweit Säuglinge in Frage kommen — wird sich die erste, von der Preussischen Landeszentrale für Säuglingschutz veranstaltete öffentliche Landeskonferenz beschäftigen. Sie findet am Sonnabend, den 9. Dezember in Berlin statt. Reizte und Verwaltungsbeamte werden die verschiedenen

Seiten dieser grundlegenden Maßnahmen des Säuglingschutzes vertreten, so die Aufgaben der Verwaltung, und Polizeibehörden, der Armen- und Barmherzigen, die Mitwirkung beamteten Ärzte sowie weiblicher — besoldeter oder ehrenamtlicher — Aufsichtspersonen. Die organische Verbindung der Haltekinderkontrolle mit den Rützelberatungsstellen und der Berufsberatung wird eingehend gewürdigt werden. Neben brauchbaren Maßnahmen für die Einzelpraxis wird sich die Besprechung auch mit der Frage einer einheitlichen Regelung der Materie beschäftigen. Von vielen Seiten wird der Erlass eines Landesgesetzes gewünscht. Als Referenten der Konferenz sind Stadtdiater Professor Dr. med. v. Drigalski, Halle, Städtischer Kinderarzt Dr. med. Effler - Danzig, Verwaltungsrat Dr. jur. v. Eredon - Köln und Verwaltungsdirektor der königlichen Charité Geh. Reg.-Rat Dr. jur. Pütter - Berlin gewonnen worden.

Das zur Vorbereitung der Verhandlungen wertvolle Material an Statistiken, gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften sowie des Ergebnisses einer besonderen Rundfrage wird den Konferenzbesuchern zugänglich gemacht werden. In Verbindung mit den Referaten und Diskussionsbemerkungen wird es später als Veröffentlichung im Buchhandel erscheinen. Alles Nähere von der Geschäftsstelle der Preussischen Landeszentrale für Säuglingschutz, Berlin W. 9, Potsdamer Str. 134a.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Fall Jidel vor dem Oberverwaltungsgericht.

Wie erinnerlich, hat der Bezirksauschuss am 1. November 1910 nach eingehender Verweigerung auf Klage des Berliner Polizeipräsidenten dem Schauspielunternehmer Martin Jidel, dem Direktor des Berliner Lustspielhauses, die Konzession entzogen. In Betracht kommt § 53 der Gewerbeordnung, wonach u. a. die Theaterkonzession zurückgenommen werden kann, wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Konzession ein Mangel derjenigen Eigenschaften erhellt, welche bei der Erteilung der Genehmigung nach der Vorschrift der Gewerbeordnung vorausgesetzt wird. Diese Eigenschaft ist nach § 32 die für den fraglichen Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere in sittlicher, arbeitsamer und finanzieller Hinsicht. Im Falle Jidel handelte es sich um die Zuverlässigkeit in sittlicher Hinsicht. Der Bezirksauschuss hielt für erwiesen, daß Herr Martin Jidel diese fehle. Maßgebend waren die Feststellungen über die Art, wie Direktor Jidel seine Stellung als Theaterunternehmer ausgenutzt habe, um in intime Beziehungen zu Schauspielerinnen zu treten. Als Gesamtbild hatte sich für den Bezirksauschuss ergeben, daß er ein Mädchen- und Frauenjäger gewesen sei, der auch die Damen seiner Bühne nicht unbehelligt gelassen habe. Er habe mehrere Verhältnisse der Reihe nach und zum Teil auch nebeneinander gehabt. Charakteristisch sei, wie er z. B. in einem Falle Chapelle, diese Verhältnisse angeknüpft habe. Vorgehend wäre auch die Anknüpfung der Verhältnisse im Theaterbureau. Dann komme noch der Ruf hinzu, den die Bühne infolge seines Verhaltens gehabt habe. Natürlich möge auch viel Klatsch mit unterlaufen sein. Der Ruf, den er bei den Bühnenmitgliedern gehabt, entspreche nicht dem, den ein Theaterleiter haben müsse, um seine Autorität aufrecht zu erhalten.

Dr. R. Jidel legte gegen das Urteil des Bezirksauschusses Berufung ein. Ueber diese verhandelte gestern der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Geheimrats Schellong. Dr. Jidel war durch die Justizräte Sello und Michaelis vertreten, während für den Polizeipräsidenten die Regierungsräte Berger und Lindena u erschienen waren.

### Ausschluß der Öffentlichkeit.

Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Vorsitzende: Es sei erst darüber zu befinden, ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Wenn die Vertreter beider Parteien auf dem Ausschluß kein Gewicht legen würden und zugleich bereit wären, nicht zu tief in die Einzelheiten hineinzusteigen, dann könnte auf den Ausschluß der Öffentlichkeit verzichtet werden.

Justizrat Michaelis erklärte, daß seine Partei keine Veranlassung habe, den Ausschluß der Öffentlichkeit aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit zu beantragen. Deshalb widerspreche er dem Ausschluß.

Regierungsrat Berger vom Polizeipräsidentium verlangt dagegen kurz den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit ganz auszuschließen. Es mußten also auch die Vertreter der Presse den Verhandlungsraum verlassen.

Das Ober-Verwaltungsgericht zog sich nach vielstündiger Verhandlung, während der der Ausschluß der Öffentlichkeit aufrecht erhalten wurde, um 6 Uhr abends zur Beratung zurück.

Um 1/8 Uhr fällte der Senat das Urteil. Die Vorentscheidung wurde bestätigt. Es bleibt also bei der vom Bezirksauschuss ausgesprochenen Konzessionsentziehung gegen Dr. Martin Jidel.

Urteilsgründe: Für den Senat liege kein Anlaß vor, Stellung zu nehmen dazu, ob die Art des Polizeipräsidenten, sein Material zusammenzubringen, zu beanstanden sei. Das Ober-Verwaltungsgericht habe aber, das möge gesagt sein, wiederholt Stellung genommen dahin, daß die Polizei jemanden zwingen kann, bei der Polizei zum Zwecke der Auskunftserteilung zu erscheinen. Dagegen ist es streitig, ob man den Erschienenen zwingen könne, den Mund zu öffnen. Wir brauchen das nicht entscheiden.

Was nun die Bedeutung der §§ 32 und 53 der Gewerbeordnung und der dort in bezug genommenen Bestimmungen betreffe, so vertrete das Gericht die Ansicht: Es komme für die Erteilung wie für die Entziehung der Konzession darauf an, ob die Behörde die Ueberzeugung erlange, daß der betreffenden Person zu vertrauen sei, daß sie ihr Gewerbe in Zukunft einwandfrei betreiben werde. Es habe also auch hier der Senat zu prüfen, ob aus dem Erwießenen zu entnehmen sei, daß Dr. Jidel der sittlichen Zuverlässigkeit entbehre, welche durch das Gesetz vorausgesetzt werde. Der Senat sei nun allerdings nach den Ermittlungen zu der Feststellung gekommen, daß Dr. Jidel seine finanzielle und künstlerische Macht nicht etwa dazu mißbraucht habe, um sich weibliche Personen zu Willen zu machen. Es lasse sich z. B. auch nicht feststellen, daß Beziehungen zu weiblichen Personen auf die Rollenverteilung Einfluß gehabt hätten. Ferner sei ihm zugestanden, daß er sein Theater künstlerisch geleitet habe. Aber alles das vermöge eine Konzessionsentziehung nicht auszuschließen, wenn festgestellt werde, daß der Konzessionar es an der notwendigen Zuverlässigkeit habe fehlen lassen. Es stehe nun im Ermessen des Gerichts, ob es bei der Prüfung lediglich

Handlungen berücksichtigen wolle, die mit dem Gewerbebetrieb des Konzessionars in Beziehung ständen oder auch andere, nicht damit in Beziehung stehende Handlungen. Der Wortlaut der Gewerbeordnung besage ganz klar, daß es nur darauf ankomme, ob die Behörde die Ueberzeugung von der Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit erlange. Wenn nun auch im vorliegenden Falle von sehr viel Klatsch geredet werden müsse, welcher aus zu sehen habe, so erachte der Gerichtshof doch vier verschiedene Fälle als unzweifelhaft festgestellt, wo Dr. Jidel mit Schauspielerinnen in intime Beziehungen getreten sei. Bei der Sachlage (die der Gerichtshof mit Rücksicht auf den vorherigen Ausschluß der Öffentlichkeit in der Urteilsverhandlung nicht näher beleuchtete) sei der Senat der Ansicht, daß diese vier Fälle genügen, um Dr. Jidel nicht als sittlich zuverlässig in bezug auf den Gewerbebetrieb des Theaterunternehmers erscheinen zu lassen. Alles andere könne ausscheiden. Das Urteil des Bezirksauschusses sei zu bestätigen. Das Streitobjekt wurde auf 50 000 Mark bemessen.

### Der schwere Baunfall.

Der sich am 21. März auf dem Wertheim-Neubau am Alexanderplatz ereignete, unterlag gestern der Prüfung der 11. Strafkammer des Landgerichts I. Der wegen fahrlässiger Körperverletzung und Verstoßes gegen anerkannte Regeln der Baukunst angeklagte Monteur Gustav Schulz ist Monteur bei der Firma Kowent, die bei den inneren Arbeiten des Tiefenbaues die Eisenkonstruktionen übernommen hatte. Am 21. März sollte ein leichter eiserner Träger verlegt werden und der Angeklagte ließ zu diesem Zweck ein Gerüst aufstellen, auf welchem 5 Arbeiter beschäftigt wurden. Nachdem der eiserne Träger durch einen Kran in die Höhe gezogen worden war, mußten die fünf Arbeiter auf dem Gerüst eine größere Kraftaufwendung zu seiner Weiterbeförderung entwickeln. Das Gerüst konnte diesem Ansturm nicht standhalten, die Quertegel brachen und fielen mit dem Belag aus dem Mauerwerk heraus und in die Tiefe. Die fünf Arbeiter stürzten mit hinunter und wurden zum Teil so schwer verletzt, daß der eine als Ganzinvalid, einige andere als Halbinvaliden zu gelten haben. Auch zwei unter dem Gerüst stehende Arbeiter trugen Verletzungen davon. Die Anklagebehörde machte den Angeklagten Schulz für diesen betäubenden Unglücksfall verantwortlich und legte ihm zur Last, daß er in fahrlässiger Weise bei der Errichtung des Gerüsts nicht genügende Rücksicht darauf genommen habe, welche Last es zu tragen haben würde. Mehrere Zeugen bekundeten, daß die Ausführung von Innengerüsten allgemein in der Weise geschehe, wie es seitens des Angeklagten angeordnet gewesen sei. Das Gericht hielt nach längerer Beratung den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu 150 Mark Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis.

### Verfuchte Vernehmung im Kriegsministerium.

Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber verhandelte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I wegen Vernehmung gemäß § 333 St. G. B. gegen den Kaufmann Josef Hammermann.

Von dem Armeeverwaltungsdepartement des Kriegsministeriums werden alljährlich die Zuschreibungen im Submissionswege an verschiedene große Zuschreibungen Deutschlands vergeben. Zu diesen Submissionen, bei denen es sich um ein Gesamtobjekt von circa 1 Million Mark handelt, melden sich etwa 120 Firmen. Zu diesen gehörte u. a. auch die Firma Josef Rosenbaum Nachf., deren Mitinhaber der jetzige Angeklagte ist. Im Jahre 1909 hatte die Firma von dem Kriegsministerium einen Auftrag auf Lieferung von 15 000 Metern Tuch zum Preise von circa 75 000 Mark erhalten. Ein Gehalt des Angeklagten auf Nachlieferung wurde abgelehnt mit der Begründung, daß der Bedarf gedeckt sei. Im Jahre 1910 erhielt er einen Auftrag auf insgesamt 16 500 Meter Tuch. Als ihm für 1911/12 ein Auftrag auf Lieferung von 16 000 Metern zuteil wurde, versuchte der Angeklagte noch eine Nachlieferung zu erlangen. Er wandte sich deshalb persönlich an den Militärintendanturatt Bartels, welcher die Verleumdungsbekämpfung unter sich hat. Eine Rücksprache in der Wohnung wurde von B. abgelehnt. Der Angeklagte erschien dann einige Stunden später im Kriegsministerium, wo ihm von dem Intendanturatt bedeutet wurde, er solle sein Gesuch auf dem üblichen Wege durch die Kanäle gehen lassen. Bei der Verabschiedung ließ der Angeklagte die Worte fallen, er werde noch seinen besonderen Dank aussprechen. Gegen vier Uhr nachmittags erhielt der Intendanturatt mit der Post einen Brief zugestellt, in welchem sich ohne einen besonderen Zusatz 5 Hundertmarkscheine befanden. B. meldete dies sofort seinem Vorgesetzten, worauf das jetzige Strafverfahren gegen Hammermann eingeleitet wurde. In seiner Vernehmung behauptete der Angeklagte, daß es sich lediglich um eine höchst fatale — Verwechslung handele. Er habe sich wegen der frühen Störung in seiner Wohnung entschuldigen wollen. Aus Versehen habe er dann diesen Brief mit einem anderen Kuvert vertauscht, in welchem sich die 5 Hundertmarkscheine befanden, die er als "eisernen Bestand" immer bei sich trage. — Vor Gericht ergab sich jedoch, daß sich die Scheine in einem Kuvert befanden, welches offensichtlich durch Zusammenkniffen erst so passend gemacht war, daß es in den eigentlichen Briefumschlag hineinging. — Staatsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte die höchstzulässige Strafe von 1500 Mark Geldstrafe. Das Gericht beizugnete die Angaben des Angeklagten als leere Ausreden. Mit Rücksicht darauf, daß die Integrität des preussischen Beamtenstandes mit aller Energie aufrecht erhalten und geschützt werden müsse, erkannte das Gericht auf 1000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurden die fünf Hundertmarkscheine den geschädigten Bestimmungen gemäß dem Staate verfallen erklärt.

### Bestrafte Behinderung des Koalitionsrechts.

Eine Schadenersatzklage hatte der Gewerkschaftsangehörte Behr gegen den Buchdruckermeister Klemm erhoben. Wie wir in Nr. 243 des "Vorwärts" mitteilten, ist Klemm am 18. Oktober wegen Körperverletzung und Verleumdung verurteilt worden, die er an Behr beging, als dieser im Huppoldtschen Biergarten Zettel verteilte, die den Wästen Aufführung über den damaligen Kellnerstreik gaben. Bei dem Faustkampf des Herrn Klemm gegen den Zettelverteiler sind diesem Klemm und Gut geschlagen worden, wofür Behr, der Zettelverteiler, Schadenersatz beantragt. Vor dem Strafgericht hatte sich Klemm aufs Bezeugen berufen, was ihn aber nicht vor Strafe schützte, da sein Vergehen durch einwandfreie Zeugen festgestellt wurde. Klemm wollte anfangs auch vor dem Zivilgericht seine Schuld bestreiten. Zur Feststellung derselben waren deshalb mehrere Zeugen geladen, die aber nicht erst vernommen werden brauchten, da Klemm im gestrigen Termin durch seinen Anwalt erklären ließ, daß er die Ansprüche des Klägers anerkenne.

Der "tapfere" Kämpfer gegen gewerkschaftliche Tätigkeit hat also doch schließlich eingesehen, daß Abstreiten nichts mehr hilft und daß ihm nichts übrig bleibt, als außer der Strafe auch die Kriegskosten für sein Abenteuer zu zahlen.

### Sind Telefone für Strafanträge da?

Mit dieser interessanten Frage befaßte sich am Sonnabend das Schöffengericht in Halle a. S. in der Sache des Schweizers D., der bei dem Gutbesitzer André in Landsberg grundlos den Dienst verlassen haben sollte. André ging einfach an das Telefon, teilte dem Bürgermeister Kunde in Landsberg das Geschehene mit, und der Bürgermeister ließ dem Schweizer darauf ein Strafmandat zu gehen. Als Verteidiger machte vor Gericht geltend, der Strafantrag sei rechtsunzulässig, denn Strafanträge müßten schriftlich gestellt oder mündlich zu Protokoll gegeben werden. Als im Jahre 1854 die Befehlsordnung erneuert wurde, habe es noch kein Telefon gegeben. Das Entgegenkommen des Bürgermeisters gegenüber dem Landwirt sei denn doch zu weit gegangen. Das Gericht erklärte den Strafantrag für unzulässig, sprach den Schweizer frei und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

# Aus aller Welt.

## Sturmschäden an der Nordwestküste.

Schwere Stürme haben am Sonntag und Montag an der Nordsee Küste großen Schaden angerichtet. Besonders an der westlichen Küste Schleswig-Holsteins hat der Sturm in furchtbarer Weise gewüthet. An mehreren Stellen wurden die Dämme durch die heranbrandenden Fluten überflutet und weggespült, weite Gebiete des Landes unter Wasser gesetzt.

Aus Bredstedt wird berichtet, daß der dortige Deich an der Nordsee auf zwei Kilometer Länge, und zwar in einer Höhe von 3 bis 3 Meter von den Fluten weggerissen wurde. Bei Wiedereintritt der Flut ist das schlimmste zu befürchten. Aus Wesselburen wird gemeldet, daß infolge des starken Sturmes die Deiche bei Wesselburener Koog und bei Schülper-Siel an zahlreichen Stellen durchbrochen wurden. Bei Wesselburener Koog ist der Deich auf 50 Meter Länge weggeschwemmt. Die Köge sind überflutet. Das Vieh steht tief im Wasser.

Zwischen Süderstapel und Erbsde ist der Eiderdamm infolge der Sturmflut gebrochen. Vor den hereinströmenden Wassermengen konnte sich ein Teil der Bevölkerung nicht mehr in Sicherheit bringen. Mehrere Gehöfte sind vollständig vom Wasser umgeben. Von Friedrichstadt sind Wagen mit Booten nach dem Ueberflutungsgebiet entsandt worden; auch Militär wurde zur Rettung der Gefährdeten requiriert.

Große Verheerungen hat das Unwetter in dem Nordseebad Besterland auf Sylt angerichtet. Das Kurhaus, die einzige vom Brande am 19. September verschont gebliebene Strandhalle, der Musikpavillon und andere Bauwerke wurden zerstört. Die elektrische Lichtleitung und die Fernsprechverbindung mit dem Festlande sind unterbrochen.

Der Schiffsverkehr auf der Nordsee mußte des Sturmes wegen eingestellt werden. Mehrere Segler sind während des Unwetters gesunken. Die Rettungstationen der Nordsee

haben in mühseliger Arbeit ihre eugenreiche Tätigkeit entfaltet, 17 Personen von vier gestrandeten Schiffen wurden durch die Rettungsboote der Stationen Helgoland und Wangeroog vor dem Tode in den Fluten bewahrt.

## Schweres Straßenbahnunglück in Stuttgart.

An der Endstation Bopfer der Straßenbahnlinie der Alibi-Bahn, die dort in einer engen und steilen Kurve ausläuft, versagte am Sonntagabend gegen 8 Uhr wegen des durch den Sturm angehäuften und auf die Schienen geworfenen Laubes die Bremse an einem vierachsigen vollbesetzten Wagen, der von Degerloch kam. Der Wagen sprang aus den Schienen und rollte gegen das Trottoir, wo er umstürzte. Von etwa dreißig Insassen wurden drei getödtet und etwa fünfzehn mehr oder weniger schwer verletzt.

## Ein neuer Kamorristenprozeß.

Aus Rom schreibt man uns unterm 4. November: Der Prozeß von Biterbo ist noch lange nicht seinem Ende nahe, und schon winkt ein neuer Kamorristenprozeß, der in vieler Hinsicht interessanter werden dürfte als der heutige. In Neapel ist nämlich soeben die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Anstiftung zu schwerer Körperverletzung gegen den reichen Großkaufmann Pacifico Ascarelli beschlossen worden. Dieser Ascarelli entstammt einer angesehenen jüdischen Familie Roms und ist ein schwerer reicher alter Mann, der vor 20 Jahren auch Stadtrat von Neapel war. Ascarelli ist beschuldigt, durch Mandat die Ermordung des Kaufmanns Dr. Luca veranlaßt zu haben. Da De Luca mit dem Leben davon kam, lautet die Anklage nur auf Anstiftung zu schwerer Körperverletzung. Bei der Sache spielt, wie bei allen Kamorristengeschichten, die Polizei eine Rolle.

Der alte Ascarelli unterhielt eine Chanfonettenfängerin namens Niny Ricciardi, zu deren Ueberwachung er einen berühmten Kamorristen, Michele Tommaso, angestellt hatte. Dieser Kamorrist wohnte in demselben Hause, in dem die Geliebte einquartiert war. Als sich der auch schon allmählich und verheiratete Kaufmann De Luca um die Gunst der Schönen bewarb, wurde er auf offenem Markte von Michele angegriffen und durch Messerstiche schwer verwundet. Der übliche Prozeß wurde eingeleitet, aber nie-

mand sprach von dem Mandanten, obwohl Ascarellis Verhältnis zur Sängerin und die Aufseherrolle des Kamorristen bekannt war. Diese Zurückhaltung der Polizei zugunsten Ascarellis erklärt sich damit, daß der mit dem Beweisverfahren beauftragte Polizeiaffessor De Guglielmo sich in die schöne Sängerin verliebt hatte und sich von Ascarelli einige 1000 Lire hatte versprechen lassen, wenn er über die Vergangenheit Niny ein Auge zudrückte, sie heiratete und nicht weiter nach einem Mandanten in dem Verbrechen De Luca Ausschau hielt. Diese Abmachung wurde aber zu Wasser, denn eines Tages entflohen Niny und der Polizeiaffessor zusammen und ließen den alten Ascarelli sitzen. So kam die Beweisaufnahme in andere Hände und Ascarelli auf die Anklagebank. Der Kamorrist Michele ist flüchtig. Man macht ihn auch für die Ermordung eines gewissen Ranzullo verantwortlich, ein reicher Mann, der vor drei Jahren spurlos verschwand, und dessen Leiche nie gefunden wurde. Seit Michele flüchtig ist, wurde eben die Anklage wegen dieses zweiten Verbrechens gegen ihn laut. Auch hier scheint der Kamorrist als gedungener Mörder gehandelt zu haben. Diese Ermordung hatte schon früher zur Verhaftung eines Mädchens, des Bruders Candido, geführt, der ein Genosse der Ausschweifungen des Ermordeten war. Der fromme Bruder wurde wegen mangelnden Schuldbeweises in Freiheit gesetzt, aber man konstatirt heute, daß er ein Verwandter des Kamorristen Michele ist, und vielleicht wird die heutige Leitung der Voruntersuchung auch den Bruder Candido wieder auf die Anklagebank bringen. Jedenfalls bedt der Prozeß Ascarelli eine reiche Kasse der „bösen Gesellschaft“ Neapels auf.

## Kleine Notizen.

Im Walde verirrt. Wie aus Trier gemeldet wird, haben sich drei Kinder einer Familie aus Morcheid im Walde verirrt. Als man die Kinder auffand, war ein Knabe bereits gestorben, zwei Mädchen zwar noch lebend aber bewußtlos und in völlig erschöpftem Zustande.

Die Pest in Tanger? In den letzten vierzehn Tagen sind in Tanger zwölf Personen einer verächtlichen Krankheit erlegen. Es wird vermutet, daß es sich um Auftreten der Pest handelt, die von Mekkapilgern eingeschleppt ist. Die Behörden haben sanitäre Vorbeugungsmaßregeln angeordnet.

# Extra billige Joppen-Tage

Ganz besonders günstige Kaufgelegenheit

## Pelz-Joppen

in vielen Fellarten, guter kräftiger Stoffbezug . . . . . von 15 M an

## Loden-Pelerinen

für Herren und Damen  
gute imprägnierte Loden, bis 130 cm lang . . . . . von 7<sup>50</sup> an

## Loden-Pelerinen

für Knaben und Mädchen  
gute imprägnierte Loden, bis 90 cm lang . . . . . von 4<sup>50</sup> an

## Posten I Winter-Joppen

Posten II Winter-Joppen

Posten III Winter-Joppen

Posten IV Winter-Joppen

Posten V Winter-Joppen

## Knaben-Loden-Joppen

Posten VI Graue oder grünl. Loden, durchweg warm gefüttert; für das Alter von 3-8 Jahr . . . . . durchweg 3<sup>50</sup> M

Graue oder grünl. Loden, durchweg warm gefüttert . . . . . 7<sup>50</sup> M

Schwerer Loden in vielen Farben, extra gutes warmes Futter . . . . . 9 M

Extra schwerer Loden oder glatter Bezug, durchweg warmes Futter . . . . . 11 M

Kräftiger Kern-Loden oder Duffel, in vielen Farben, warm gefüttert . . . . . 13<sup>50</sup> M

Marke „Kern und Kraft“, prima Loden, extra schweres warmes Futter . . . . . 18 M

Posten VII Kräftiger Loden in vielen Farben, durchweg warm gefüttert; für das Alter von 9-15 Jahr . . durchweg 4<sup>50</sup> M



# BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art  
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Große Frankfurter Straße 30 □ Schöneberg Hauptstraße 10

Der Haupt-Katalog No 43 (Winter-Moden 1911-12) postfrei.

Margarethe Brache  
Albert Hartwig  
Verlobte.  
Rixdorf Berlin  
2. November 1911.

Unserm alten Genossen  
Gustav Schulze  
zur silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche! 14476  
Die Genossen des 733. Bezirks.

## Todes-Anzeigen

Verband der Sattler und Portefeullier.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeullier

Franz Bußmann  
(Werkstatt Julius Schloß)  
verstorben ist.  
Eure seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. M., nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Konowers Kirchhofes, Schönholzer Heide, aus statt.  
158/7 Die Ortsverwaltung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, des Vorzeelanerbers

Karl Richter  
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Witwe Helene Richter und Kinder.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Frankfurter Viertel. (Bestel 380.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Klempner

Wilhelm Plate  
Rehmerstraße 14  
gestorben ist.  
Eure seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. November, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Nach nur dreitägigem Krankenlager entschlief am Sonntag, den 5. November, unser lieber Mitarbeiter

Wilhelm Plate.  
Liebesworte stehen wir an der Bahre dieses guten Menschen, der uns durch seine Charaktereigenschaften mehr als ein langjähriger Mitarbeiter, der uns ein Freund gemessen ist. Er wird uns unvergänglich bleiben. 14416  
Das Personal der Firma Trott & Huninger.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Anna Neubert  
geb. Paulitschek  
am Sonntag, den 5. November verstorben ist.  
Dies zeigt tiefbetrabt an  
Mag Neubert nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Karl Richter  
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Nachruf!  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bier-fahrer

Otto Just  
am 1. November im Alter von 34 Jahren verstorben ist. 71/20  
Eure seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

Dankagung.  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes 5792

Franz Zotta  
lage ich allen Beteiligten herzlichsten Dank.

Anna Zotta geb. Spindler.  
Dankagung.  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Lebers

Bernhard Fiedler  
sage ich hiermit dem Sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf, Bez. 20, dem Zentralverband der Leber Deutschlands, Jiliale Berlin, der Firma Kowalok, dem Gallois Buchholz, dem Zentral-Hausierbund, dem Musikklub „Hindenburg“, sowie allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
Frau Marie Fiedler, geb. Scheitner.

Dr. Simmel  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4  
Inseratenteil veranl.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Eile zu Weile!  
119 Dresdener Straße 119 (Eckhaus Oranienpl.)  
Ueber 1000 Pelz-Stolas  
Muffen, Kolliers  
Extra billige Preise!

Echte Skungs-Stolas von 25 M. an.  
Pelz-Hüte, Hutstreifen  
Felle, Köpfe, Schwalbe in allen Fellarten.  
Eigene Kürschnerei.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.  
Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

Ich nehme jede nicht Ia gelieferte Sendung auf meine Kosten retour.  
Kein Risiko!

Frisch 3 sehr vom Rausch ger.  
Riste 45 H. Zeitdügig. St. H. echten Brandflachs, ger. Schwedisch, H. Kollmops, Dose 40 geringe Mühlmaße, H. Nachschädlung, Grelcher, H. Brat-heringe oder 40 Sprossen.  
Alles dieses zusammen 2,95 M.

E. Napp, Altona-Ottens. 62.

Blumen- und Kranzbinderrei von Robert Meyer, an r Mariannen-Straße 2.

Von der Reise zurück  
Dr. med. Leopold Lillenthal.

Oskar Wollburg  
Trauer-Magazin  
Berlin N., Brunnenstraße 58.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.  
Änderungen sofort.

Zie'ung schon  
10. und 11. November

Schweidnitzer  
Lotterie  
1169 Gewinne im Werte v. M.

128000  
40000  
20000

Lose à 1 M. Porto u. Liste 5 Lose 4.80 M. | sort aus 11 Lose 10 M | versch Tauch.  
durch das General-Debit

H.C. Kröger  
Berlin W8 Friedrichstr. 193a  
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen  
Telegr.-Adr.: „Goldquell“.

Seal  
von 9,50 an. Persianer, Imitt., von 6,50 an für eleg. Damen-Valeris. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. bis-a-vis d. Gertraudenstr. 20-21, Petrifische.

Monatsgarderobenhaus  
und Handeltische von Sommerfeld, 25 Jahre Heinrichsplatz, jetzt Prinzenstraße 34 I, bietet jedem „Bormärts“-Leder größte Geberparnis durch Einkauf von Winterpaletots, Wintern, Zofelanzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Joppen für jede Figur passend. Damenulster, Pelzstolas, Blusen, Aussteuerwäpche, Betten, Steppdecken, Goldschalen, Uhren, 3,15 Gold, Ringe gefestempelt 1,50, Ketten, Operngläser. Fahrgeld wird vergütet. Pfandleihe Prinzenstraße 34 I. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Anton Boekers Festsäle  
Weberstraße 17.  
Kleiner Saal  
mit anschließenden Rederräumen ist auch zu den Feiertagen noch frei.  
Nächtigswoll Anton Boeker.

Große Firma vergibt  
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren  
auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Skaffee. Offize S. 100, „Bormärts“-Exhibition, Auguststr. 50.



Gewerkschaftliches.

Der Schrei nach dem Zuchthaus.

(Tagung der Gelben.)

Berlin, den 6. November 1911.

Das gelbe Parlament, das sich „Hauptauschuß der nationalen Arbeiterverbände“ nennt, hatte sich heute in den Kammern in der Zeltwerstraße zusammengefunden. Verschiedene Scharfmacher in Uniform und Zivil...

Angeklagt gehören dem gelben Hauptauschuß 8 „nationale“ Arbeitervereinigungen mit 130 000 Mitgliedern an. Neuerdings sind zugetreten der Bund der Statthandwerker in den Königlich-technischen Instituten und der Bund der gelben Fleischer...

Die beiden Referate über die Notwendigkeit der „nationalen Arbeiterbewegung“ und über „Streik und Arbeitswilligkeit“...

Recht interessant waren auch die Ausführungen der Ehren-gäste. Nach dem berühmten Rufus des alles machenden Herrn v. Schirp...

Recht interessant waren auch die Ausführungen der Ehren-gäste. Nach dem berühmten Rufus des alles machenden Herrn v. Schirp...

das Zuchthausgesetz eingetreten sei. Öffentlich merken sich das die Proletarien im Mansfeldischen. Herr Arendt hatte die Stirn, zu erklären, daß er mit seinem Kampf für das Zuchthausgesetz...

Berlin und Umgegend.

Ein gelber Genieffest.

In den Siemenswerken bestehen Fabrikionsverbände, deren Verwaltung den Arbeitern übertragen ist. Die Delegierten und Vorstandsmitglieder werden nach dem Proportionalwahlrecht...

Für die vier Betriebe an der Rotarstraße, Ronnendamm, besteht ebenfalls ein Konsumverein. Bei der letzten Wahl hat die Liste des Metallarbeiterverbandes die überwältigende Mehrheit...

Alles das wurde von den Obergelben als unangenehm empfunden. Auf ihr Betreiben wurden eine Reihe von Delegierten entlassen. Aber trotz aller Denunziationen und sonst in den Siemenswerken...

Um nun der Unversöhnlichkeit die Krone aufzusetzen, hat die „Direktion verfügt“ (Illustration des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter)...

Obgleich die Generalversammlung des Konsumvereins diese Statutenänderung abgelehnt hat, wird auf Befehl der Direktion die Entziehung durchgeführt.

Der Kampf im Tabakgewerbe.

Die Industrie der Tabakfabrikate genießt den Ruhm, in Bezug auf das Lohnverhältnis mit auf der niedrigsten Stufe zu rangieren. Schauerhafte Löhne und glänzende Gewinne zieren die beiden Seiten dieser Medaille.

Zu der Berücksichtigung des Herrn Schirmfabrikanten Listens-stein schreibt uns die Ortsverwaltung Berlin des Holzarbeiter-

Nach nochmaliger Information stellen wir fest, daß bis zum Mai d. J. nach der Fabrikordnung die Arbeitszeit folgendermaßen festgelegt war: Von 1/8 Uhr morgens bis 1/8 Uhr abends mit 1/2 stündiger Frühstück- und Weisepause...

Der Kutscherstreik in dem Fuhrgeschäft von Gebrüder Richter

in der Frankfurter Allee 44 hat schnell die Polizei auf den Plan gerufen. Die Firma, die sich aus kleinen Anfängen allmählich zum Großbetrieb emporgearbeitet hat und zu bedeutendem Reichtum gelangt ist...

Seit Freitagabend befindet sich nun der Fuhrbetrieb im Belagerungszustand. Polizeibeamte sind vor dem Eingang in der Frankfurter Allee und der Ausfahrt in der Mägde-Strasse...

Die Firma liefert neben dem Vieh- und Fleischtransport auch Fuhrten für die Städte Berlin und Stahnsberg. Die Kutscher, welche den Rehrich abzuführen haben...

Deutsches Reich.

Wachtung! Darmarbeiter. Die Kollegen der Darmhandlung von F. W. Wiesel, Dresden, stehen im Streik. Zugzug ist fern zu halten.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Das Marktfeiern-, Fahr- und Lagerpersonal in den Leipziger Buchbindereien ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert wird der Abschluß eines Tarifvertrages...

Eingegangene Druckschriften.

- Die Reglerungsform Schwedens. Von Dr. Pontus G. Holmberg, Professor an der Universität Lund. 6 B., geb. 7,50 M.
Die Dichter Romas. Kulturbilder von G. Ferrer. Mit Nachwort von B. Lohmeyer und Bildnis Ferreros. 1 B., in Pappband 1,50 M.
Artenungen. Roman von Emil Strauß. 1 B., in Leinen 1,25 M.
Maßstab von Pauls Leben und Schicksale. Bearbeitet von L. Knud Jacobsen. Geb. 2,50 M.
Die Hosen des Herrn v. Gredow. Vaterländischer Roman von Wilhelm Merz. Bearbeitet von Fr. Hübel. G. Beltmann, Braunschweig. Geb. 2,50 M.
Die Tochter. Roman von Moritz Polak. Zwei Bände. 7 M., Leinen 10 M.
Geschichte des deutschen Liberalismus. Band 2. Von D. Klein, Göttingen. 6,50 M., geb. 8 M.
Verlag der „Sife“, Berlin-Schöneberg.









